Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 124. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 14. März 1867.**

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 13. März.

12. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. In der Mittelloge der Kronprinz. Am Tische der Commissare die Minister Graf Bismarck, v. d. Heydt, v. Roon, Geh. Rath v. Savigny u. A.

Präsident Simson theilt mit, daß neu eingetreten sind die Abg. Frhr. v. Hammerstein (3. Abth.), Dr. Gitzler (4. Abth.), Herwarth v. Bittenfeld (5. Abth.). Es wird darauf die allgemeine Discussion über den Verfassungsentwurf fortgesetzt.

Abg. Dr. Schaffrath (gegen den Entwurf): Die Constituirung des norddeutschen Bundes ist unsere Aufgabe; es kann daher davon gar keine Rede sein, daß irgend Jemand den Bund und seine Verfassung nicht wolle; es bedarf daher gar nicht der Versicherung des redlichen Willens. Ebenso wenig aber kann davon die Rede sein, daß wir gerade diesen Verfassungs-Entwurf ohne wesentliche Verbesserungen annehmen müßten. Nur derjenige geräth mit sich in Widerspruch, der eine mit den realen Verhältnissen unverträgliche Verfassung will. Man darf nur nicht im Voraus dem Kampfe ausweichen, nicht im Voraus die Freiheit opfern oder sie im Stiche lassen. Ist doch bei allseitigem guten Willen und bei den beruhigenden Erklärungen, die wir gehört, alle Aussicht vorhanden, daß schließlich doch noch eine allgemeine Verständigung unter uns zu Stande kommt. Gerade eine solche Einigung, eine solche Verständigung wäre in ihren Wirkungen unermeßlich groß, wäre ein zweiter großer Sieg, ähnlich dem von Königgrätz, wäre ein Sieg über uns selbst. Wir Alle sind mit der in dem Entwurf angestrebten Einheit und der durch sie beschränkten Selbstständigkeit der einzelnen Staaten einverstanden.

Der Entwurf wird in dieser Beziehung ungefähr das richtige Maß treffen. Aber indem wir uns hiermit einverstanden erklären, beweisen wir damit, daß wenigstens wir nicht ein „Uebermaß" von deutschem Selbstständigkeitsgefühl, sondern „Gefügigkeit" genug gegen die Allgemeinheit in uns tragen. Diese Gefügigkeit haben wenigstens heutigen Tages alle Deutschen; nur die Gefügigkeit fehlt den Deutschen, sich dem Willen eines Einzelnen, sich der Willkür, sich der nackten Macht und Gewalt, sich einem, wenn auch nur theilweisen Cäsarismus und Absolutismus zu unterwerfen. Diese Gefügigkeit wird auch dem Reichstage fehlen. Dem Rechte, den Gesetzen, dem Gesammtwillen der Nation gegenüber ist jeder Deutsche gefügig und muß es sein. Aber eben deswegen ist der Entwurf in vielen seiner Bestimmungen nicht annehmbar; nicht annehmbar, weil nur ein loses internationales Vertragsverhältniß des Bundes zu den Südstaaten und nicht wirklicher Eintritt derselben als gleichberechtigter und gleich verpflichteter Mitglieder in bestimmte Aussicht genommen ist; nicht annehmbar, weil unter den der Bundesgesetzgebung zugewiesenen Angelegenheiten nicht auch die Abänderung und Auslegung der Bundesverfassung, sowie des gesammten Militär- und Marinewesens aufgezählt ist; nicht annehmbar, weil nicht die Errichtung eines Bundesgerichtshofes bestimmt ist, sondern Streitigkeiten vielmehr im Wege der Bundesgesetzgebung erledigt werden sollen; vor Allem aber nicht annehmbar, weil in ihm jede Gewähr der Verfassung, jede Verantwortlichkeit der Executive fehlt und dem Reichstage die jedem einzelnen Landtage zustehenden und gewährleistenden Rechte, die constitutionellen Rechte der Adresse, der Petition, der Beschwerde, der Anklage der Minister und vor Allem auch das Einnahme- und Ausgabebewilligungs-Recht auch in Militär- und Marine-Sachen nicht gewährleistet sind. Vorzüglich die beiden letzten Punkte sind es, ohne deren befriedigende Lösung die Verfassung uns unannehmbar erscheint. Auch selbst das Recht der Steuerbewilligung in der Ordnung des Bundes-Haushalts ist ohne Verantwortlichkeit der Bundes-Executive nicht genügend.

Ohne diese Verantwortlichkeit ist auch die vorliegende Verfassung nur von dem guten Willen der Executive abhängig. Die Verantwortlichkeit und Verantwortlichmachung mag schwer und mühselig herzustellen sein, namentlich bei der Collegialität der Executive, aber **unmöglich** ist sie nicht; es werden selbst bei einer derartigen Zusammensetzung Mittel und Wege sich finden lassen, diese Verantwortlichkeit auszusprechen. Sollte es nicht möglich sein, nun, so muß eben ein einheitliches Organ der Executive geschaffen werden, weil sonst die Verfassung nichts mehr als ein Stück Papier ist. Diese Rechte des Reichstages auf Verantwortlichkeit und auf das Bewilligungsrecht auch in Militär- und Marinesachen müssen ihm zugestanden werden, weil sie bisher den Einzel-Landtagen zugestanden, weil sie nicht einfach jetzt verschwinden und in der Luft verduften dürfen, ohne auf den Reichstag übertragen zu werden. Wir fordern diese Rechte nicht nur im Interesse der Freiheit, nein, recht eigentlich im Interesse der Einheit; wir würden ohne diese uns selbst sowohl als jeden künftigen Reichstag um alles Ansehen und Einfluß bringen. Wir würden den Constitutionalismus im parlamentarischen Wege begraben, wir würden nicht nur die Freiheit nicht **aufbauen**, sondern **verbauen** für lange Zeiten. Die **Einheit** erfordert, daß der künftige Reichstag alle jene Rechte und damit das nöthige Ansehen und die nöthige Achtung in den einzelnen Staaten habe. Der Particularismus ist es, welcher dem Reichstage und damit der Bundesgewalt jene Rechte vorenthält, welcher dem Reichstage diese nöthige Macht nicht gewähren will. Die deutsche Einheit und Freiheit hatte bisher zwei Feinde, den Dualismus der beiden Großstaaten und den Particularismus.

Der erstere ist, Dank der Tapferkeit der preußischen Armee, für immer besiegt; der andere Feind aber, der Particularismus, der innere Feind, der in den Herzen und Gliedern sitzt, kann nicht durch das Schwert, nicht durch Eisen und Gewalt, sondern nur durch moralische und sittliche Kräfte, er kann namentlich nicht dadurch besiegt werden, daß man dem Reichstage, der Bundesgewalt, Rechte vorenthält, welche die einzelnen Landtage bereits haben, daß man dem Ganzen weniger Rechte giebt, als die Theile besitzen. Wer also wegen des Mangels dieser beiden Grundrechte einer Bundesvertretung gegen den vorliegenden Entwurf ist, der bekämpft diesen Particularismus, zu dessen Bekämpfung fordern wir diese Rechte. Es sind sehr reale, verbriefte und beschworene Rechte, die wir übertragen wollen, aber nicht deswegen, weil sie bereits verbrieft sind, sondern weil sie dem Reichstage zur Bekämpfung des Particularismus, zur Stärkung der Bundesgewalt nothwendig sind. Es ist alle Hoffnung vorhanden, daß wir diese unentbehrlichen Rechte erlangen werden, daß ohne diese Uebertragung der Entwurf und dessen Annahme uns nicht zugemuthet werden wird. Sollte es aber dennoch unmöglich sein, sie zu erlangen, sollte wider alles Erwarten eine schließliche Einigung unser Aller, die ja zum Gelingen unseres Werkes so wesentlich sein würde, nicht zu Stande kommen — nun, dann haben wenigstens nicht wir zum Verschwinden dieser Rechte beigetragen, dann können wenigstens wir versichern, daß wir unschuldig an dem Verlorengehen dieser Rechte sind, dann haben wenigstens nicht wir Spanndienste an dem Wagen der Reaction gethan. Dazu aber wird es nicht kommen, vielmehr hoffe ich noch einmal — und ich kann und will diese Hoffnung nicht lassen, daß diese billigen und gerechten Wünsche unser Aller endlich auch auf diesem Reichstage in Erfüllung gehen werden. (Bravo.)

Abg. Graf Bethusy-Huc (für die Vorlage): Ich finde es natürlich, daß bei den Vertretern einiger Landestheile, die erst seit Kurzem oder gar nicht zum preußischen Staate gehören, daß bei ihren centrifugalen Tendenzen sich das Panorama Deutschlands kleiner entwickelt hat als bei uns; wenn man von diesem Standpunkte aus einen künstlichen Gegensatz zwischen Preußenthum und Deutschthum sich geschaffen hat, der in der Geschichte nicht existirt. Ich finde es aber weniger begreiflich, wie preußische Regierungsbeamte sich auf denselben Standpunkt stellen können. Andere behaupten einen Compromiß zu erstreben, beharren aber trotzdem fest bei ihren Principien. Diese mikrokosmische Auffassung ist im ersten Theile des Faust trefflich charakterisirt; sie ist unwirsch, daß der Fortschritt ohne ihr Zuthun vor sich gegangen ist, und ich möchte ihr das nicht ganz schmeichelhafte Prognostikon stellen, daß der Fortschritt sie wie der Comet seinen Schweif nach sich ziehen wird. — Die Hauptrepräsentanten deutscher Macht, die Hohenstaufen, haben zur Erringung deutscher Größe nichts gethan; sie haben zu viel gewollt und nach der Weltherrschaft ringend nichts gewonnen. Der Ueberschuß deutscher Selbstständigkeit hat eine Einheit bisher verhindert, von der ich mich freue, daß sie bisher nicht zu Stande gekommen, denn es wäre davon die Revolution oder das Cäsarenthum die Folge gewesen. Die politische Zersplitterung hat ihre tiefe Bedeutung gehabt. Aber früher berechtigte Dinge hören auf, es zu sein; es giebt Verträge, die nicht geschlossen werden dürfen auf ewig, weil später ihr Bruch eine Pflicht wird.

Die unbeschränkte Kleinstaaterei hat ihren unsittlichen Charakter genügend dargethan in der Zeit des ersten Napoleon: sie folgte nur einem Naturgesetz, aber einem unsittlichen. Um so berechtigter ist der Drang nach Einheit und dies Drängen nach Einheit ist durch das Zusammenberufen dieses hohen Hauses aufs Neue documentirt worden. Eine staatliche Umformung kann sich auf drei Wegen vollziehen, auf dem des Absolutismus, dem der Revolution, dem endlich der gemeinsamen friedlichen Berathung und Constituirung. Wir haben es mit dem letzteren Wege zu thun. Und da dürfen wir uns nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß es an uns gelegen habe, entweder das Volk oder die staatliche Gewalt auf einen der beiden anderen Wege hingewiesen zu haben. Gott gnade uns vor beiden! Daraus folgere ich, es **muß** etwas zu Stande kommen, und das ist ja das eine Wort, in dem alle Parteien mit Ausnahme vielleicht einer verschwindend kleinen Minderheit einig sind. Es kommt mir nicht darauf an, was für ein Name unser Werk tragen soll, ob Verfassung, ob Vertrag, ob Einheitsstaat, ob Bundesstaat. Ich frage nur, welches sind die Requisite eines lebensfähigen Staatengebildes des 19. Jahrhunderts? Ich kann die Antwort nur in einer Verbindung einer freien, normalen Autonomie und einer straffen Centralgewalt finden, und zwar sind das keine Gegensätze, sondern nothwendig sich bedingende Correlate. Eine straffe Centralgewalt ohne freie Autonomie der einzelnen Theile, das ist der **Cäsarismus**; durch die freie Autonomie dagegen ohne starke Centralgewalt entstehen Kirchthurms-Vaterländer. Es fragt sich, wie muß das Band geknüpft werden, um denjenigen inneren Zusammenhang zwischen beiden zu gewinnen, den wir für nothwendig erachten. Es kommt zunächst darauf an, die Rechte der Fürsten der Art zu beschränken, daß sie die Idee des Ganzen nicht verlieren können; nach dieser Richtung hin scheint mir der Entwurf das Gute und das Nothwendige zu enthalten.

Freilich Manches, was dem Einen oder dem Andern wünschenswerth erscheint, muß zurücktreten; wie dem Entwurfe 22 Motive beigelegt hätten werden können, so werden auch hier 290 Ueberzeugungen sich gegenüberstehen mit ihren Ansichten und Wünschen. Die Sicherheit ist die erste Bedingung der Freiheit, ich declinire daher: Macht, Einheit, Freiheit. Die Macht der Ideen ist groß; aber nur durch die Gewalt werden sie in die Wirklichkeit versetzt. Nur Eins möchte ich an dem Entwurfe nach dieser Seite hin tadeln, das ist der Fahneneid, den die einzelnen Contingente der verschiedenen Bundesländer den betreffenden Landesfürsten leisten müssen. Derselbe Grund, glaube ich, welcher uns gehindert hat, zu bestimmen, daß das preußische Heer nicht auf die Verfassung vereidigt werde, hätte die Herren auch hindern sollen, diesen Eid vorzuschlagen, der nur zu sittlichen Conflicten führen kann. Ich zweifle nicht an dem guten Willen unserer Verbündeten, aber der gute Wille ist ein schwaches Fundament politischer Tugend; die Menschen werden nur gebunden entweder durch ihr Interesse oder durch die Gewalt. Deswegen hätte ich gewünscht, daß nach dieser Richtung hin das Band etwas fester geknüpft wäre. — Redner, der während seines ganzen Vortrages schwer verständlich gewesen, ist gegen Schuß desselben fast gar nicht zu verstehen. Er wendet sich zu dem anderen von ihm erwähnten Hauptrequisite des Entwurfs, den freiheitlichen Institutionen, vermißt hier das volle Steuerbewilligungsrecht, erklärt aber hinsichtlich des Budgetrechts, daß er ein Normal-Ordinarium begleitet von einem jährlich zu bewilligendem Extraordinarium für genügend halte, da er den Schwerpunkt des gegenwärtigen Budgetrechtes darin finde, daß dem Landtage Rechte übertragen seien, von denen er nie Gebrauch machen dürfe.

Abg. Duncker-Berlin (gegen den Entwurf): Der Hr. Vorredner hat von Männern gesprochen, die bald im Schweife des fortschreitenden Cometen dahin gerafft werden würden, weil die neuesten Ereignisse ohne ihr Zuthun zu Stande gekommen seien. Ich erinnere ihn nur daran, daß der Hr. Präsident der Bundes-Commissarien ausdrücklich sein Werk als Fortsetzung der fehlgeschlagenen Versuche von Frankfurt und Erfurt bezeichnete. Diese Versuche aber waren nicht hervorgegangen aus der Initiative der constituirten Gewalt, nicht aus der Initiative der Regierungen oder der conservativen Partei. Ihr Ursprung ist den liberalen Ideen zu verdanken, und nach dem Fehlschlagen derselben ist es gerade die liberale Partei gewesen, die immer gemahnt hat, das fehlgeschlagene Werk von Neuem wieder aufzunehmen, und die immer betont hat, daß dem deutschen Volke nur geholfen werden könne mit einer einheitlichen Centralgewalt neben einer Volksvertretung. — Der Hr. Vorredner hat ferner gesagt, daß Ideen nur durch Gewalt in die Wirklichkeit versetzt werden könnten. Diese Behauptung ist nur dann richtig, wenn die thatsächlichen Zustände den herrschenden Ideen so wenig entsprechen, daß eine Veränderung der Zustände nur durch Gewalt herbeigeführt werden kann. Unsere Aufgabe aber ist es, einen Rechtszustand zu gründen in dem die fortschreitenden Ideen nicht mehr auf dem Wege der Gewalt, sondern auf dem Wege des Friedens und der Verständigung vollzogen werden können. — Ich habe mich gefreut, mit einem Redner von dieser Seite (nach rechts deutend) manche Berührungspunkte zu finden, wie z. B. in Betreff der Einrichtung eines Bundesgerichts; ich constatire die Uebereinstimmung um so lieber, als ich die schmerzliche Pflicht habe, meinen Dissens zu motiviren von mehreren der Vorredner, die mit mir lange Jahre verbündet gewesen waren durch die Bande der Freundschaft und der Waffenbrüderschaft im Kampfe um die Einheit und die Freiheit des deutschen Volkes.

Zunächst hat der Abg. Miquel ausgesprochen, daß wir, die wir als preußische Abgeordnete gegen die preußische Regierung Jahre lang gekämpft haben, durch Ereignisse aller Art verhindert wären, klar und objectiv zu sehen. Ich erinnere den Abg. Miquel daran, daß er nicht immer so von den preußischen Abgeordneten gedacht und geurtheilt hat; vielmehr hat er vor mehreren Jahren, als er gemeinschaftlich mit uns die Einwendungen der Süddeutschen gegen Preußen zu widerlegen versucht, das Wort ausgesprochen: „Hier (in Preußen nämlich) haben wir eine noch nicht ganz überwundene reactionäre Politik im Kampfe mit dem Volke, das eine Energie und Consequenz entwickelt, an welcher wir uns sämmtlich ein Beispiel nehmen können." (Hört! hört!) Nun, m. H., ich werde mich zunächst halten an das frühere Urtheil dieses Herrn und will mich in der gewöhnten Consequenz nicht irre machen lassen, sondern es dem weiteren Gange der Geschichte überlassen, welches von beiden Urtheilen er aufrecht erhält. (Ruf: Sehr gut!) Ich hoffe, daß wenn der Herr Abgeordnete erst längere Zeit mit uns Preuße gewesen und etwas vergessen hat, daß das, was ihn zunächst bedrängt hatte, von Preußen hinweggenommen worden, er erkennen wird, wie nothwendig in Preußen eine feste Consequenz der liberalen Partei ist. — Derselbe Redner hat gesagt, daß er jedes Opfer, selbst an Freiheit, zur Erreichung des Bundesstaates zu bringen bereit ist. Auch hier hat er sich wohl durch den rhetorischen Glanz hinreißen lassen zu einer nicht stichhaltigen Behauptung. Denn zur wirklichen Errichtung eines Bundesstaates wäre kein solches Opfer nöthig und würde auch keines gebracht werden dürfen, weil der Kitt des Bundesstaates eben die Freiheit ist.

Darin liegt eben der Vorzug jenes Werkes von 1849, auf welches jetzt mit Geringschätzung herabzusehen selbst bei denen Mode geworden ist, die an seiner Schöpfung hervorragenden Antheil hatten. Sie hat auch noch den Vorzug, daß bis zum letzten Augenblick jede der beiden großen Parteien dabei festgehalten hat an ihren Principien und der Erkenntniß, daß unter einer starken Centralgewalt in der Hand Preußens Deutschland vereinigt werden müsse; auf der andern Seite hat auch die Linke festgehalten an dem demokratischen Princip, dem sie heute das Wahlgesetz verdanken, auf dessen Grund Sie alle hier versammelt sind. (Beifall links.) Bei der Feststellung der Reichsverfassung ging man von der Ansicht aus, daß wenn man einem Herrscher in Deutschland die gesammte Wehrkraft anvertraut und dieser die Forderung von Blut- und Geldsteuer an das gesammte Volk stellen kann, dieser nicht erscheinen darf nur in der Gestalt als **Militärherrscher**, welcher dem Civilherrscher des Landes gegenübersteht; denn dann würde nur das Gehässige der Leistungen hervortreten; sondern er muß dastehen zugleich als Hort und Schutz der Wohlfahrt und Freiheit des gesammten deutschen Volkes. (Beifall links.) Die Verfassung war aber auch so eingerichtet, daß eine Sonderexistenz nach Art des mecklenburgischen Feudalismus im deutschen Vaterlande für immer unmöglich wäre. (Beifall.)

In diesem Falle kann auch nur die richtige Wechselwirkung stattfinden, in diesem Falle wird niemals im Parlamente die particularistische Neigung überwiegend sein; gern und fröhlich würde man allen Anforderungen der Centralgewalt Folge leisten; in den Einzelstaaten würde ein frisches und fröhliches Verfassungsleben gesichert und erhalten werden. Deshalb ist es Unrecht, wenn Männer, welche erklären, daß sie auf dem Standpunkte des Bundesstaates stehen, doch eine Spitze mit constitutionellen Befugnissen und mit einem verantwortlichen Ministerium bestreiten. Nur wenn diese Spitze vollkommen verfassungsmäßig hingestellt wird, ist für die Sicherheit und Festigkeit des verfassungsmäßigen Lebens in den Einzelstaaten eine Garantie gegeben. — Die bisherige Discussion ist vollkommen dazu angethan gewesen, so manche Illusionen zu vernichten und die Einzelnen anzuregen, sich fester und ernster zu prüfen, in wie weit sie ihre bisherigen Principien zum Opfer zu bringen im Stande sind. Eine Illusion wenigstens ist vollkommen vernichtet worden, die wenn sie nicht so vielseitig genährt worden wäre, dem Verhältniß der Zahl der Parteien in dieser Versammlung und auch dem Verhältniß der Parteien zu einander eine ganz andere Gestalt gegeben haben würde; es ist dies die Illusion, mit einem Schlage die Gründung eines deutschen Freiheitsstaates herbeizuführen. Ich sollte wohl meinen, daß die Vorlage der Regierung, die Aeußerungen des Präsidenten der Bundes-Commissarien und die Aeußerungen der Führer der conservativen Partei bewiesen haben, daß der Entwurf nicht einmal als bundesstaatliche Verfassung bezeichnet werden kann, sondern lediglich den Charakter eines Bündnisses zwischen selbstständigen Regierungen hat.

Mit Bedauern habe ich ferner vernommen eine Aeußerung des Abg. Braun (Wiesbaden), welcher sagte: „Bei der Uebertragung der Rechte der Einzelvertretungen an die Central-Volksvertretungen müssen Opfer gebracht werden und ich wünsche nur, daß nicht zu viele Freiheitsrechte als Opfer fallen." Unsere Aufgabe, meine Herren, ist es, dafür zu sorgen, daß nicht ein einziges der Freiheitsrechte verloren gehe. (Beifall links.) Denn wahrlich, unsere Volksvertretungen sind nicht mit so viel Freiheitsrechten ausgestattet, daß sie sich so leicht über den Verlust eines derselben trösten könnten. (Beifall links.) Ich bin der Ansicht, daß bei der Herstellung der Einheit nicht ein Verlust an Rechten der Volksvertretung, sondern eine Vermehrung derselben eintreten müsse. — Ich bin ferner nicht einverstanden mit der Ausführung des Abg. Michaelis, welcher meint, daß durch die wirthschaftlichen Institutionen des norddeutschen Bundes **bewirkt** werden muß, die nothwendig werdende schwere Militärlast leichter zu ertragen. Er nahm es also ruhig hin, daß mit der Errichtung des Bundesstaates nicht eine Minderung, sondern im günstigsten Falle ein Gleichbleiben, wahrscheinlich aber eine Mehrung der Militärlasten sich ergeben wird. Wenn man früher die große Militärlast, unter der das preußische Volk zu leiden hatte, zu rechtfertigen versuchte, so brachte man immer den einen Umstand vor: „Weil wir noch keine Bundeskriegsverfassung, keine festgeschlossene Einheit der Militärverhältnisse haben", und daß Preußen deshalb allein die Vertheidigung des deutschen Bodens zu übernehmen hatte und in Folge dessen eine starke Anspannung der preußischen Wehrkraft nöthig sei; es wurde dabei aber immer in Aussicht gestellt, daß mit einem größeren Zusammenschluß der Wehrkraft nicht blos eine gleichmäßigere Vertheilung, sondern auch eine Herabsetzung der Militärlasten für jeden einzelnen Staat und speciell für Preußen folgen würde.

Diese Hoffnung scheint der genannte Herr Abgeordnete leider schon aufgegeben zu haben; ich kann mich aber nicht so ohne Weiteres bescheiden; denn gerade die Erfahrungen des letzten Jahres, das unvergleichliche Benehmen des Volkes, der jungen und alten Mannschaften auf dem Schlachtfelde, geben dem Volke Anspruch auf die Forderung, wegen dieser vorzüglichen militärischen Eigenschaften eine Minderung der Lasten der Einzelnen, eine Verkürzung der Präsenzzeit zu erreichen. Die Folge davon würde nicht nur eine wirthschaftliche Erleichterung für das Volk sein, sondern außerdem eine Erhöhung der Wehrkraft des Volkes für den Fall des Krieges. Auch jetzt noch muß deshalb die Aufgabe der liberalen Partei die Herbeiführung der abgekürzten Dienstzeit sein. (Beifall.) — Der Herr Präsident der Bundes-Commissarien hat manche Illusionen vernichtet, welche einzelne Vertreter beim Eintritt in diese Versammlung gehegt haben. Zu meinem Bedauern aber habe ich aus einzelnen der letzten Reden entnommen, daß man jener liebenswürdigen Weise, in welcher er dem Reichstage entgegenkam, doch wohl eine zu ernste Tragweite in Bezug auf sachliches Nachgeben beigelegt hat. Jedenfalls hat er die von liberaler Seite aufgestellte Forderung einer verantwortlichen Regierung bei der Centralgewalt rundweg abgeschlagen. — Herr v. Bismarck sagt ferner, man könne doch die Fürsten nicht mediatisiren. Eine solche Beweisführung wäre vielleicht am Platze gewesen vor den Ereignissen des Sommers. Die „Wucht der Thatsachen", durch die wir zu den Reformen gekommen, ist nicht hinreichend ausgebeutet worden. Eine gewisse Mediatisirung der Fürsten, die noch schlimmer ist, ist ja schon herbeigeführt worden durch die Uebertragung der Militärhoheit an den Bundesfeldherrn.

Die Fürsten und ihre Existenz würden in einem völlig ausgebildeten Bundesstaate mit einer einheitlichen Bundesgewalt und einem verantwortlichen Bundesministerium eine größere Stütze haben als in der losen Form dieses Bundes. Ein solches Bündniß des Starken mit dem Schwachen hat nur so lange Dauer, wie der Schwache sich dem Gebote des Starken fügt; es wird aber gebrochen, sobald der Schwache zu widerstreben versucht. (Beifall.) Deshalb bin ich in diesem Punkte durch die Ausführungen des Hrn. v. Bismarck nicht überzeugt worden. — Wie aus den Schlußprotocollen hervorgeht, sind übrigens die von der großherzoglich oldenburgischen Regierung erhobenen Bedenken wiederholt geltend gemacht worden; Hr. v. Bismarck hat dies bestritten; ich bedauere, daß der oldenburgische Vertreter nicht anwesend ist; er könnte sonst wohl am besten das Räthsel lösen. — Speciell zurückweisen muß ich übrigens noch die Angriffe des Präsidenten der Bundes-Commissarien gegen einige preußische Abgeordnete, welche die Rechte der preußischen Verfassung und des preußischen Volkes nicht preisgeben wollen; dies hat er dargestellt als Particularisten, gerade als ob die Preußen besondere Vorrechte für sich selbst haben wollten. Die Sache liegt hier so: den 25 Millionen Preußen sollen noch 5 Millionen andere Deutsche angeschlossen werden. Wir preußische Abgeordnete haben deshalb vorzüglich dafür zu sorgen, daß der größte Theil der Bevölkerung des norddeutschen Bundes die wesentlichsten Rechte der Verfassung behalte. Es ist allerdings ein angenehmes Gefühl, in diesen lichten und schönen Räumen zu weilen; und es ist gewiß herzerhebend, die Stammesbrüder aus Sachsen, Oldenburg 2c. zu hören.

Wenn aber der Vortheil des Vertrages nur darin besteht, daß nur ein gewisses Scheinrecht statuirt wird, so verzichte ich lieber auf die angenehme Gesellschaft und die eleganten Räume und kehre in die dunklen Räume des Abgeordnetenhauses zurück und setze den Kampf fort. — Der Herr Ministerpräsident meint ferner: „Wir wünschten gewisse parlamentarische Privilegien für unsere Person"; die Person hat wenig dabei zu thun; die Personen sind wechselnd, aber wir haben die Verpflichtung, nichts von diesen Rechten zu vergeben, und wenn der Herr Graf Bismarck und seine Räthe immer betonen, sie wären als Minister des Königs verpflichtet, für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Rechte der Krone zu sorgen, so sind auch die Vertreter des Volkes verpflichtet, ihren Nachfolgern das Recht des Volkes, wie sie es überkommen, wieder zu überlassen. (Beifall links.) Wenn man noch ein Vertheidigungsmittel dafür wünscht, so erinnere ich nur an die Worte, welche der Herr Graf v. Bismarck in Erfurt gebrauchte, wo die linke Seite rasch zum Abschluß kommen und das Bundesgesetz annehmen wollte, während die Rechte auf eine Revision drang, um sie mit der preußischen Verfassung in Einklang zu bringen. Damals sagte Herr v. Bismarck: „Wir wollen den Bundesstaat, aber wenn nur unter dem Preis der Verfassung, dann gar nicht". Der Herr v. Bismarck sagt ferner: „Was würden wir dann entgegnen, wenn ein Invalide aus dem letzten Kampfe uns fragte: „Was ist aus der Einheit geworden?" Und wir, meint er, würden dann entgegnen: „Wir haben zwar nicht die Einheit, sondern das Budgetrecht, was wir nun freilich nicht anwenden können 2c."

Es ist in der geistreichen Weise, in welcher der Herr zu sprechen pflegt, leicht, über Alles mit einem bon mot hinwegzugehen. Aber wenn ihm das Budgetrecht so leicht wiegend ist, so wenig der Mühe lohnend, so weiß ich nicht, weshalb er so schöne und kräftige Jahre seines Lebens daran gesetzt hat, um mit dem preußischen Abgeordnetenhause einen so ernsten Kampf darum zu führen. (Sehr gut!) Wenn der Invalide fragte, warum wir denn nicht zur Einheit kommen, so könnte ich, wenn ich auch scherzen wollte, antworten: „Ja, lieber Mann, wir sind ebenso treu den Fahnen gefolgt, wie du; aber die Männer, die der König an die Spitze des Heeres gestellt hat, sind doch ganz andere als der an unserer Spitze stehende Staatsmann." (Widerspruch; Bewegung rechts.) Aber die Sache hat eine sehr ernste Seite. Ich würde deshalb antworten: „Du hast gekämpft und geblutet für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes, wie einst deine Väter, ohne daß du das Ziel erreicht hast." Wir haben immer den Ruf nach Einheit und nach Einlösung der gegebenen Versprechen erhoben, und wenn wir noch nicht zum Ziele gekommen sind, so können wir antworten mit den Worten des Dichters:

„Wenn Eure Schmach die Völker lösten,
„Wenn ihre Treue sie erprobt,

„So ist an Euch, nicht zu vertrösten,
„Zu leisten jetzt, was ihr gelobt.

Zu den neuen Landesgenossen aber muß ich sagen: Wir haben leider in der langen Geschichte Preußens gelernt, daß die Periode, in der es lebendig durchdrungen war von seinem nationalen Berufe, kurz war und die Männer, die diesen Beruf förderten, meist nur eine kurze Amtsdauer hatten. Nach der anstürmenden Periode folgte aber in der Regel eine sehr langdauernde rückläufige, mit der der Abfall von der nationalen Mission und die Verkürzung der Rechte des Volkes in der traurigsten Art verbunden war. Es ist deshalb Pflicht, die Hoffnung nicht zu setzen auf einzelne Männer; noch viel weniger darf man den Nachfolgern den größten Theil der Arbeit überlassen, sondern sie bauen auf die Kraft der Institutionen; darum muß man die Verfassung des norddeutschen Bundes so einrichten und die Institutionen so stark machen, daß sie die treibende Macht hervorragender Männer ersetzen. — Deshalb ist es den Männern, die Jahre lang für Recht und Freiheit des Volkes eingetreten sind und welche die Herstellung eines verfassungsmäßigen Bundesstaates im Auge haben, ganz unmöglich, jetzt ihre Zustimmung zu geben zu Dingen, welche die ganze Arbeit ihres Lebens vernichten. Ich sehe in diesem Saale Männer, die erprobt sind in dem Kampfe um die Freiheit des Landes und zu denen wir Jüngeren mit Ehrerbietung und Achtung emporblicken; sie können durch ihr Votum nicht die Früchte eines langen und ehrenhaften Kampfes selbst in Frage stellen, und ich glaube und hoffe, daß, wenn wir unsere unabweisbaren Forderungen fest und unzweideutig aufstellen, auch von Seiten der Regierung denselben entsprochen werden wird, wenn anders die Schilderung von der allgemeinen Lage die richtige ist, welche uns der Herr Präsident der Bundes-Commissarien gegeben hat. (Beifall links.)

Bundes-Commissar Minister-Präsident Graf Bismarck: Ich freue mich, daß der Herr Vorredner mir Gelegenheit giebt, einen Irrthum zu berichtigen, den ich vorgestern an dieser Stelle begangen habe, indem ich sagte, daß die in dem Schluß-Protocoll von Oldenburg niedergelegte Aeußerung in den früheren Conferenzen nicht zur Sprache gebracht worden wäre. Sie ist allerdings in einer derjenigen Conferenzen, denen ich nicht beigewohnt habe, von dem oldenburgischen Herrn Gesandten zur Sprache gebracht worden, indessen sofort mit einer so überwiegenden, an Einstimmigkeit grenzenden Majorität unserer Bundesgenossen abgewiesen worden, daß man niemals darauf zurückgekommen ist und der Sache nicht den Einfluß auf die weitere Discussion zugeschrieben hat, daß ich damals in Kenntniß gesetzt worden bin. Ich freue mich, dieses hier berichtigen zu können. — Der Herr Vorredner hat ferner von Erfurt und meiner Vergangenheit dort gesprochen. Ich spreche ungern von meiner Person, ich habe nicht die Gewohnheit, das zu thun, aber das Gefühl, daß ich eines hohen Grades von Vertrauen in der Stellung, in der ich bin, auch zu meiner Person bedarf, veranlaßt mich, eine kurze Aeußerung zu thun über die Stellung, die ich in Erfurt hatte, und über die, die ich jetzt habe. Ich kam nach Erfurt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich, ich möchte sagen, aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir werth waren. Im Jahre darauf, 1850, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik sechszehn Jahre hindurch in Stellen, wo ich ohne Unterbrechung mit der großen Politik, namentlich aber mit der deutschen, beschäftigt war, sammeln zu können.

Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraume die politische Welt, nicht blos die auf den Brettern, die die Welt bedeuten, anders aussieht, als wenn man hinter die Coulissen tritt, und daß der Unterschied nicht blos an der Beleuchtung liegt. Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurtheilt, so lange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mußestunden, die die anderweitige Berufsarbeit zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegentheil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man thut, sich bewußt ist. Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existirten, daß das Zusammengehen mit Oesterreich, wie es mir denn aus den Erinnerungen an die heilige Allianz, die durch die Tradition der früheren Generation mir überkommen waren, vorschwebte; — daß dieses nicht möglich war, weil das Oesterreich, mit dem wir rechneten — es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg — überhaupt eben nicht existirte. Ich beschränke mich auf diesen kurzen Rückblick, indem ich hinzusetze, daß ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen. (Lebhafter Beifall.) Wenn der Herr Vorredner eine gewisse Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß ich dem Budgetrechte meinerseits die besten Jahre meines politischen Lebens vielleicht gewidmet hätte, um es zu bekämpfen, so möchte ich an die eine Thatsache erinnern, daß es nicht ganz sicher ist, ob wir die Armee, welche die Schlachten des vorigen Jahres geschlagen hat, in derselben Verfassung besessen hätten, welche sie zu dieser Zeit hatte, wenn im Herbste des Jahres 1862 sich Niemand fand, der bereit war, die Regierung auf Befehl Sr. Majestät des Königs fortzuführen, ohne den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. September auszuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Vincke-Hagen: Meine Herren! Ich hoffe ernstlich, daß wir bei Berathung des Verfassungs-Entwurfes jene Art des endlosen Debattirens, die in Europa den Namen der querelle Allemande davon getragen hat, vermeiden und wirklich etwas zu Stande bringen werden, und ich erlaube mir, die linke Seite des Hauses zu beschwören, dem Beispiele zu folgen, das ihr ihre politischen Gegner gegeben haben, denen es wahrlich nicht leicht geworden sein mag, ihre Antipathien zu überwinden. Meine Herren! Sie haben sich im preußischen Abgeordnetenhause die Fraction der deutschen Fortschrittspartei genannt, wohlan, schreiten Sie fort und bringen Sie Deutschland unter Dach und Fach. Gerade Sie, die Sie die deutsche Einheit stets ins Auge faßten und die Sie ohne Ihr Zuthun und Verdienst das allgemeine Stimmrecht in Ihren Schooß fallen sahen, das Sie so lange erstrebten, Sie müssen sich dem Verfassungswerke gegenüber zurufen: Hic Rhodus, hic salta, oder auch an den Spruch des Archimedes denken: gebt mir einen festen Punkt, wo ich meine Hebel ansetzen kann, und ich hebe Euch die Welt aus den Angeln. Thun Sie das nicht, so machen Sie es offenbar, daß Sie mit Mißtrauen gegen Ihre eigenen Kräfte an Ihr Werk gehen. M. H.! Wir wollen die alten Erinnerungen begraben und namentlich nicht mehr von dem glücklich beseitigten Conflict sprechen, wir wollen ruhen lassen, was hinter uns ist, und treiben, was vor uns ist und nicht eher vom Platze gehen, als bis das große Verfassungswerk glücklich vollendet ist. (Bravo.) Es hat mich schmerzlich berührt, daß der Herr Vorredner in der Art, wie er es gethan hat, drei Männer angegriffen hat, die es gewiß nicht um uns verdient haben, nämlich den Abgeordneten für Osnabrück (Miquel), den Abgeordneten für Wiesbaden (Dr. Braun) und zuletzt, aber nicht als letzten, den Abgeordneten für den 19. hannoverschen Wahlbezirk (v. Bennigsen).

M. H.! Wenn wir die Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau erreicht haben, so ist dies auch der Mitwirkung der drei Männer zu danken, die wir die Ehre haben, uns annectirt zu haben. Dann hat es mich schmerzlich berührt, daß der Abgeordnete Schulze vor schweren Kämpfen gewarnt und auf die Gefahren, die vom Auslande drohen, hingewiesen hat. M. H.! Das sagt Jemand hier im deutschen Reichstage? Wenn Jemand in einem französischen, einem englischen oder auch einem russischen Reichstage von den Gefahren durch das Ausland spräche, würden seine Worte von allgemeiner Entrüstung begleitet werden. Wie? Dreißig Millionen Deutsche sollen sich vor dem Auslande fürchten? Das sagt man uns hier in Berlin, umgeben von Trophäen des 7jährigen Krieges und der Freiheitskriege, hier angesichts der Helden, die das preußische Heer bis nach Wien und Frankfurt von Sieg zu Sieg geführt haben? Das wagt man! Nun, meine Herren! Wenn wir eine Reichsverfassung beschließen und das Ausland will dies hindern, dann werden wir dem Auslande sagen, daß wir, die Hand am Degen, bereit sind, sie zu vertheidigen. (Bravo!) Was nun zunächst den Anschluß Süddeutschlands anbetrifft, so bin ich freilich nicht gewürdigt worden, in die Geheimnisse der Politik des Herrn Ministerpräsidenten einzudringen, aber ich möchte ihn darüber beglückwünschen, daß es ihm gelungen ist, das als Concession zu verwerthen, was so lange in unseren Wünschen gelegen hat. Ich glaube, daß es für das Zustandekommen der deutschen Einigung sehr zuträglich ist, wenn unsere süddeutschen Brüder noch nicht in diesem Saale sitzen. Es wird noch viel Wasser den Rhein herabfließen, ehe sie den Standpunkt erreichen, den wir bereits erreicht haben. Die Schwaben können es immer noch nicht vergessen, daß sie einst die Reichssturmfahne trugen, ich meine aber, sie sollten daran denken, daß der größte schwäbische Kaiser, Friedrich Barbarossa im Norden, im Kyffhäuser den Traum der künftigen Größe Deutschlands träumte. Der Süden wird kommen, wenn wir fertig sind, nicht früher.

Nun noch einige Auseinandersetzungen mit den verehrten Herren Particularisten (Heiterkeit). Der Herr Präsident wird mir verzeihen, aber ich glaube, die historische Vorlesung des Herrn v. Münchhausen gehörte nicht zur Sache. Aber er hat gewiß daran gedacht, daß es eine gute alte Sitte ist, den Verurtheilten am letzten Tage genießen zu lassen, was er will. (Heiterkeit.) Ich finde es auch ganz natürlich, daß Jemand so zum letzten Male die Träume seiner Jugend träumet, Particularismus, Großdeutschthum und sonstige Phantasmagorien. Was soll denn auch schließlich aus der Einheit werden, wenn diese Herren das, was sie in dieser Beziehung bei sich tragen, nicht von sich geben. (Große Heiterkeit.) Meine Herren! Mit der hannoverschen Geschäftsordnung bin ich nicht vertraut, aber mit meinem parlamentarischen Tacte finde ich es unvereinbar, so wie Herr v. Münchhausen den König Georg und die Königin Marie, also noch dazu eine Dame in die Debatte zu ziehen (Bravo), sei's immerhin zur Abwehr. In Bezug auf die Ausnahmemaßregeln in Hannover sagte mir letzthin ein hervorragendes hannoversches Mitglied, daß die preußenfreundliche Partei die strengeren Maßregeln als eine wahre Wohlthat empfindet. Ordnung muß herrschen; jeder Staat muß wissen, daß eine Regierung da ist, und wenn ich der preußischen einen Vorwurf zu machen hätte, so besteht er darin, daß sie zwei Monate lang mit übergroßer Langmuth nicht blos die Regierungsorgane, sondern auch das Militär in Hannover particularistischen Vexationen ausgesetzt hat. Wo das Gesetz nicht ausreicht gegen geheime Wühlereien, braucht man Ausnahmemaßregeln. Sehen Sie doch gefälligst, wie das constitutionelle Musterland England mit den Feniern umspringt. Wenn die Verfassung vor dem 1. October in Hannover zur Geltung kommen soll, dann wird man wohlthun, die Scene von vorgestern nicht zu wiederholen.

Ich komme nun zu dem zweiten Particularisten, Dr. Schleiden, und seiner Aeußerung, daß nie eine Regierung von Gottes Gnaden das monarchische Princip so verletzt habe, wie die preußische. Wie kann der Vertreter eines Landes, das Preußen angehört, wie kann ein Mitglied dieses Hauses, das an dem Verfassungswerke arbeitet, den Vertretern der Regierung gegenüber von der Verletzung des monarchischen Princips sprechen. Was in Schleswig-Holstein geschehen, das hat der König selbst gewollt und zwar mit voller Zustimmung der Vertreter der Nation. Ebenso unrichtig ist die Insinuation, daß Preußen seine Hausmacht vergrößert habe, wie Oesterreich. Was Preußen jetzt annectirt hat, ist nicht der Krone zugefallen, wie Ungarn, Lothringen, Mailand u. s. w. den Habsburgischen Kaisern, denn was die Hohenzollern auch erobert oder sonst gewonnen haben, das haben sie der Krone Preußen einverleibt als Reichsland. (Zustimmung.) Und wenn insinuirt worden, daß der König erst seine eigenen Lande glücklich machen solle, dann sage ich, daß die Hohenzollern seit dem großen Kurfürsten ihre Lande an Sparsamkeit, Sittenstrenge und harte Arbeit gewöhnt und mit eigenem Beispiel vorgeleuchtet haben. Das mußte der Abg. Schleiden wissen, so weit mußte er die preußische Geschichte kennen, um sich nicht solcher Irrthümer zeihen zu lassen. — Am schmerzlichsten hat mich berührt. was mein Landsmann aus Westfalen, Herr v. Mallinckrodt sagte. Er hätte sich doch an das Wort des englischen Staatsmannes erinnern sollen, daß. wenn man von den Fehlern des eigenen Staates spricht, man dies thun müsse mit scheuer Ehrfurcht, als ob man von den Fehlern des eigenen Vaters spräche. So hätte auch er denken sollen.

Im Uebrigen ist es gestattet, hier zu constatiren, daß er dem deutschen Interregnum eine Dauer von 55 Jahren zuertheilt und in ultramontanem Interesse bis auf 2 Jahre die Geschichte eines der größten deutschen Kaiser, des zweiten Friedrich, escamotirt hat. (Heiterkeit.) Was die Geschichte von 1866 und ihre Vorstadien anbetrifft, so gestehe ich, den Krieg von 1864 mit Freuden begrüßt zu haben, aber ich hatte damals auch das Vertrauen zu den Schleswig-Holsteinern, daß sie begreifen würden, wie wir nicht deshalb unser Blut vergossen haben, um ewig für sie die Grenze zu hüten, und daß sie als Pflicht erkennen sollten, auf dem Altare des gemeinsamen Vaterlandes ein Opfer particularistischer Interessen niederzulegen. Hat dies der von Oesterreich inspirirte Fürst des Landes gethan und hat er die Februarbedingungen angenommen, oder haben es die Wortführer des Landes? Nach Maßgabe ihrer Erklärungen, nach denen die Berufung der Stände-Versammlung oder eine Viritim-Abstimmung nicht möglich war, blieb der preußischen Regierung nichts Anderes übrig, als mit Zustimmung des preußischen Volkes die Dinge auf den Punkt zu führen, wo sie heute liegen. Diese Politik wurde dadurch begünstigt, daß Oesterreich vertragsbrüchig, daß die Sache an den Bund gebracht wurde und daß dort der verhängnißvolle Anschluß vom 14. Juni v. J. erfolgte. Der Krieg war von Oesterreich so sehr provocirt, wie kaum jemals dafür ein Beispiel in der Geschichte existirt. Wenn er dann von dem Hinausdrängen Oesterreichs aus Deutschland spricht, nun, dann glaube ich, daß diese Handlung der preußischen Regierung zur höchsten Ehre gereicht. Damit würde ja nicht blos der Dualismus, sondern die Fremdherrschaft aus Deutschland vertrieben.

Die Fremdherrschaft, sage ich, denn von den 35 Millionen Oesterreichs gehörten dem deutschen Bunde 22½ Millionen nicht an, und von den Millionen, die zu Deutschland gerechnet wurden, waren noch 6¼ Millionen Czechen, Slaven, Hannaken u. dgl. m. Gehen Sie mir mit dem deutschen Charakter Oesterreichs. Die Habsburger haben nie etwas für Deutschland gethan, sie haben das Elsaß verloren und Lothringen mit Toscana vertauscht, haben nie etwas gegeben und stets nur genommen. Und nun glaube ich für jetzt wenigstens, mit den Herren Particularisten abgerechnet zu haben. (Heiterkeit.) Also zum Verfassungsentwurfe selbst! Man sagt, wir haben nur berathende Befugniß. Das ist wahr, aber die Frankfurter National-Versammlung hatte ursprünglich auch nur diese Befugniß und doch hat sie ein Document zu Stande gebracht (die Reichsverfassung), die seitdem freilich verloren ging, doch vielleicht kann seinen Verbleib der Abgeordnete für Frankfurt nachweisen. (Heiterkeit.) Lassen Sie uns also nicht um den Namen streiten. Wenn wir unser Werk zu Stande bringen, nimmt es doch den ersten Platz in Deutschland ein. Nun hat man uns allerdings mit dem preußischen Abgeordnetenhause gedroht. Die Sache wird aber wohl so schlimm nicht sein. Bei allen wichtigen Gegenständen ist ja jetzt ein Verständniß erzielt worden, warum nicht auch hier. Und dann ist das Abgeordnetenhaus doch nicht befugt, seine eigene Meinung von vornherein für die der Nation auszugeben, woraus erfolgt, daß wenn es die Meinung des Landes nicht richtig zum Ausdruck gelangen läßt, Andere kommen werden, welche die Situation besser zu würdigen wissen.

Was den Mecklenburger Landtag betrifft, so spreche ich nicht gern von Dingen, die mir fern liegen, aber Hr. Wiggers (Berlin) hat uns neulich von der Eigenthümlichkeit der gegenwärtigen mecklenburgischen Verfassung genug gesagt, um bei etwaigen Oppositionsgelüsten die Herren dort nach ihren Legitimitätsurkunden zu fragen (Heiterkeit), besteht diese Verfassung wirklich zu Recht? Nun, diese Frage möchte die Herren vielleicht etwas geneigter als sonst machen. (Heiterkeit.) — Auf den philosophischen Standpunkt des Abgeordneten für Kempen vermag ich mich nicht emporzuschwingen. Wenn ich die Wahl zwischen dem theoretischen und dem praktischen Standpunkte habe, so wähle ich den letzteren, blos darin stimme ich mit ihm überein: Ich befinde mich wirklich genau in der Lage, wo ich bin. (Heiterkeit.) Weshalb auf die einheitliche Spitze so sehr gedrungen wird, begreife ich nicht. In Frankfurt hat man sie versucht und sie war Schuld daran, daß die Nationalversammlung mit ihrem Werke scheiterte. Was will man denn. Der Reichstag mag beschließen, was er will, die Regierungen werden thun, was sie wollen. Sie bauen auf die Vertragstreue Preußens und hier habe ich eine Bemerkung über den sächsischen Particularismus nachzuholen.

M. H., als ich nach Berlin kam, fürchtete ich von dem Particularismus der Herren Sachsen die größte Schwierigkeit. Sie haben mich von dieser Ansicht gründlich curirt. Nicht blos aus den gestrigen Reden, auch im Privatverkehr habe ich gehört, daß sie sich auf den Boden der Thatsachen stellen und ich möchte dies Anderen zur Nachahmung empfehlen. Meine Herren, wie ich rühmend anerkenne, daß das sächsische Königshaus bei der unglücklichen Wahl der österreichischen Allianz Treue gehalten hat bis zum letzten, schwersten Punkt (lebhaftes Bravo der Sachsen), so denke ich, wird es auch dem neuen Bündniß Treue bewahren und Preußen wird dieselbe Vertragstreue gewahren. (Wiederholtes Bravo.) Doch zurück zur Spitze! Wozu wäre denn eigentlich, wenn sie absolut nöthig ist, der Reichstag da! Glauben Sie mir, wenn wir als Reichstag unsere Schuldigkeit thun, dann wird auch ohne verantwortliche Spitze der Particularismus nicht aufkommen. Die Verantwortlichkeit ist auch in der vielgerühmten preußischen Verfassung nur eine moralische. Im Budgetrecht dreht sich auch die Controverse nur um den Militäretat. Möchten die Herren Centralisten, wie ich sie wohl nennen darf, doch bedenken, daß auch ein Fall eintreten könnte, wo die Majorität des Bundesraths den Mitteln zur Erhaltung der Reichswehr die Zustimmung versagt. Dann wird der Normaletat sehr willkommen sein.

Die gespannte Lage Europas verlangt dringend das volle Gewicht der militärischen Kräfte und das sollten die, welche immer mit den Gefahren, die aus der Mißgunst des Auslandes herrühren, drohen, am allerersten in ernste Erwägung nehmen. Die allgemeine Wehrpflicht, m. H., ist in der Gleichheit vor dem Gesetz eine Panacee, die uns über Vieles hinweghilft; sie ist in Wahrheit eine durchaus demokratische Einrichtung, aber als Schutz gegen den Absolutismus betrachte ich sie nicht. Bedenken Sie doch, daß die hochgehenden Wogen des Jahres 1848 sich stauten, als die Einberufung der 50 Landwehrbataillone erfolgte und daß ungeachtet aller Friedensadressen, die versicherten, daß die Landwehr keinen Fuß rühren würde, im vorigen Jahre Alles willig zu den Fahnen strömte, die Demokraten so gut wie alle Andern. — Auf die Phrasen mit den Stichworten der Einheit und Freiheit gebe ich nichts. Erst kommt die Existenz des deutschen Volkes, zunächst im norddeutschen Bunde. Dann wollen wir weiter sehen. Sie meinen, daß wir nicht große Eile haben und die unserer siegreichen Armee uns nicht zum Muster nehmen brauchen. Erreichen werden wir diese Armee freilich nicht, aber zum Muster können wir sie uns nehmen, zum Muster auch in der Aufopferung und Resignation.

Man sagt, die Regierung habe Vieles überwunden, also werde sie auch die Schwierigkeiten überwinden, die daraus entstehen, wenn jetzt das Verfassungswerk nicht gelingt. Nun, m. H., Sie haben doch sonst nicht viel Vertrauen zu der Regierung gehabt, aber fahren Sie nun fort in diesem Vertrauen, das Sie indessen benutzen mögen, um mit Ernst und Eifer an die Förderung des gegenwärtigen Werkes zu gehen. Der allmächtige Gott, der das preußische Heer zum Siege geführt hat, wird auch das deutsche Banner zum Siege führen. Wir aber wollen es mit beiden Händen hochhalten und unter ihm unser Werk vollenden. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Grumbrecht (gegen die Vorlage): Meine Herren! Ich stimme mit dem Herrn Vorredner in Vielem überein, aber nicht in dem Ton, den er gegen verschiedene Mitglieder dieses Hauses angeschlagen hat. Wir haben keine Veranlassung, so gegen einander aufzutreten und vornehmlich uns, meinen Freunden und mir, ist die Sache selbst zu ernst, als daß wir in diesen humoristischen Ton einstimmen könnten. Ich bin nicht widerwillig Preuße geworden und glaube auch, daß nur ein Theil der Hannoveraner, die höchsten und niedrigsten Schichten, vornämlich in den alten welfischen Provinzen, wie Herr von Münchhausen denkt. Wir sehen ein, daß Preußen mit der Einverleibung, die eine unverständige Politik genau gefordert hat, eine fast schon zu lang versäumte nationale Pflicht übte, der Abg. v. Bennigsen hat schon gesagt, daß wir das verfassungslose Regiment schwer empfinden; aber wir erkennen an, daß diejenigen, die sich am meisten darüber beklagen, die Hauptschuldigen an demselben sind und ich zweifle nicht, daß wir in nicht allzu ferner Zeit ebenso gute Preußen sein werden, wie in den alten Provinzen. Ich hatte gegen den Entwurf schwere Bedenken, aber die Aeußerungen des Grafen Bismarck haben mir die Brust erleichtert.

Der Bundesstaat ist unmöglich, der preußische Staat muß sich zum deutschen Volksstaate erweitern, und zunächst sind wir berufen, die diesseits des Mains liegenden verbündeten Staaten so einzufügen, daß sie mit ihm verwachsen. Regierungen wie Einzelvertretungen müssen große Opfer bringen und sind dazu bereit. Aber während jene im Bundesrathe ihre Entschädigung erhalten, wird sie diesen vorenthalten und der Reichstag der wichtigsten Rechte beraubt. Wir stehen vor einer Militär-Dictatur der schlimmsten Art (Beifall links), die wohl vorübergehend Platz greifen, aber nicht auf die Dauer verfassungsmäßig begründet werden kann. (Lebhafter Beifall links.) Ich für meine Person kann die Resultate der Verfassungskämpfe eines Menschenalters nicht mit einem Federstrich vernichten und uns mit unseren gesetzlichen Zuständen hinter das Jahr 1848 zurückwerfen lassen. Aber wir müssen eine Verständigung suchen, sie redlich suchen, um sie zu finden. Wenn Sie, meine Herren zur Rechten, hier zufällig so zahlreich vertreten sind, daß Sie den Verfassungsentwurf vielleicht in diesem Hause durchbringen, wenn Sie ihm sogar die Genehmigung des preußischen Landtages durch irgend welchen Druck oder wie sonst verschaffen sollten — die übrigen Landtage sind ja nur Spielerei — so ist es sehr die Frage, ob Sie sich dieses Erfolges als eines Sieges lange erfreuen werden.

Denn in Verfassungskämpfen ist es nicht wie im Kriege: der Sieger tritt nicht allemal in den Vortheil ein, sondern geht oft schwächer aus seinem Siege hervor, als er war. Was uns obliegt, ist ein Compromiß, von dem die extremen Parteien mit Unrecht nichts wissen wollen. Die Rücksicht auf den Süden drängt zu ihm hin. Man wird es uns glauben, wenn wir sagen, daß wir ihn gern bei uns aufnehmen; spricht doch Herz wie Verstand gleich laut dafür. Aber ohne Krieg können wir ihn nicht bekommen, wenn er nicht von selbst zu uns kommt. Und wird er das, wenn die Reichsvertretung in Militärsachen machtlos ist, bei seiner ohnehin schon vorhandenen Abneigung gegen das straffe militärische preußische Wesen? Lassen Sie uns eine Verfassung machen, die wo nicht Alle, so doch die Mehrzahl in der Nation befriedigt und auf den Süden eine Anziehungskraft ausübt, daß man ihn nicht mit Waffen zu erobern braucht, wie man Hannover erobern mußte, damit es sich dem preußischen, hoffentlich bald dem deutschen Staate einfüge. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Prosch (für die Vorlage). Der Saal leert sich, die Zurückbleibenden unterhalten sich so laut, daß man sie auf der Tribüne hört, nicht den Redner, von dem man nur sieht, daß er spricht. Der Präsident bittet wiederholt, aber vergeblich, mit Worten und mit der Glocke um Ruhe und versichert endlich, daß er (der Präsident, der unmittelbar hinter ihm sitzt) ihn nicht hören kann. In dem Gewirr der Stimmen dringen nur einzelne abgebrochene Worte des ruhig lächelnden Redners durch: Mecklenburg — alter Bund — Graf Bismarck — Hoffnung und endlich der vollständige Satz: „Das mecklenburgische Volk ist bereit, Opfer an Freiheit für den Bund zu bringen, aber es ist nicht in der Lage dazu, aus dem einfachen Grunde, weil es keine besitzt".

Abg. v. Leipziger stellt den Antrag auf Schluß der allgemeinen Discussion. Er wird ausreichend unterstützt. Auf der Rednerliste stehen noch folgende 32 Abgeordnete, darunter mehrere, die sich bei Aufstellung der ersten Liste noch nicht zum Wort gemeldet hatten: Weber, Aßmann, Simon, Wachler, v. Rössing, v. Watzdorff (Weimar), v. Carlowitz, Scherer, Wiggers (Berlin), G. Freytag, Zachariae, Schrader, Dietze, Windhorst, v. Kehler, Kitz, Graf Bassewitz, Evans, Graf Loë, Günther, v. Wächter, Ablemann, Dr. Braun (Plauen), Eilissen, Haberkorn, Francke, Schwarze, Kryger, Wachenhusen, Bebel, Herwig und Thissen. — Der Antrag auf Schluß wird angenommen, dagegen stimmen nur einige Mitglieder der Linken.

Abg. Windhorst (zur Geschäftsordnung) bedauert durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf gewisse Angriffe zu antworten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Schleiden: Der Herr Abg. für Hagen hat sich durch den ernsthaften und lang ausgesponnenen Gang unserer Discussion veranlaßt gefunden, etwas Heiterkeit in Ihre Mitte bringen zu wollen. (Unruhe.) Er hat mit dem ihm eigenen Witze in einer — ich möchte nicht unparlamentarisch reden — mir leichtfertig erscheinenden Weise Aeußerungen fallen lassen (sehr wahr, lebhafte Zustimmung links), in einer Art, die dem Gegenstande nicht entspricht. Wenn Jemand in diesem Hause aus voller Ueberzeugung seine Ansichten ausspricht, so darf er erwarten, nicht mit Hohn behandelt zu werden, und das hat der Abgeordnete für Hagen gethan. Ich habe von ihm keinen einzigen Grund gegen das, was ich gesagt, gehört, sondern wie gestern von der Regierungsbank, so heute von ihm nur eine einfache Negation. M. H.! Ich mache kein Hehl daraus, daß ich fest halte und fest glaube an das Recht, und daß das Recht in meinen Augen göttlichen Ursprungs ist.

Was ich für Gewaltthätigkeit ansehe, kann das Recht nicht beugen, wenn ich mich auch den Thatsachen willig füge, weil ich sie nicht ändern kann. Gewalt und Vortheil sind keine Gründe, das Recht zu brechen. — Der Redner will auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein eingehen und fährt vom Präsidenten darin verhindert fort: Ich bitte um Verzeihung, wenn ich unbewußt und ohne Absicht gegen die Geschäftsordnung gefehlt haben sollte. Aber ich lege Protest ein gegen diese Behandlung von Rechtsgefühlen anders gesinnter Abgeordneter. Herr v. Vincke hat leichtes Spiel in einer Versammlung, deren Sympathien er im Voraus sicher ist. Ich habe Niemand verletzen wollen, sondern gesprochen, weil ich es für eine heilige Pflicht hielt, und zugleich erklärt, daß ich mit Ihnen nach besten Kräften arbeiten wollte am Zustandekommen unseres Werkes.

Abg. Miquel: Der Hr. Abg. Duncker hat eine Aeußerung von mir, die ich in einer Versammlung that, in der es galt, widerstrebende Elemente dem nationalen Dienste zuzuführen, mit einer anderen hier gethanen, in Gegensatz gebracht und der Abg. v. Vincke hat mir wahrscheinlich zu Hilfe kommen wollen, indem er mich auf das Beispiel des Ministerpräsidenten verwies. Ich kann aber davon keinen Gebrauch machen, sondern halte beide Aussprüche aufrecht, sie stehen miteinander nicht im Widerspruch, sondern sind beide zu der Zeit, wo sie gesprochen wurden, wahr. Der Abg. Duncker hat mich ferner sagen lassen, ich sei bereit, zu Gunsten der Einheit die Freiheit völlig preiszugeben. Herr Präsident! Mißverständnisse können leicht vorkommen und werden, wenn sie Folge mangelhaften Hörens sind, verziehen. Wenn aber die stenographischen Berichte vorliegen und die Mißverständnisse auf mangelhaftem Lesen einfacher Sätze beruhen, so halte ich sie nicht für verzeihlich.

Abg. Franke: Der Abg Graf Bethusy-Huc hat den Abgeordneten von der Eider einen engen Gesichtskreis vorgeworfen. Ich weise eine solche Aeußerung entschieden zurück. Wir sind hier, wie jeder Andere, um redlich mitzuwirken an dem großen nationalen Werk, die Liebe zum Vaterlande hat uns hierher geführt. Niemand aber, am wenigsten der Freiherr v. Vincke, wird uns zumuthen, daß wir unser Rechtsgefühl in den Papierkorb werfen, ich meine nicht den hier anwesenden Frhrn. v. Vincke, sondern seinen Doppelgänger, der viele Jahre auf dem Rechtsboden agirte. (Beifall) Die Henkermahlzeit, die er uns servirte, können wir nicht mehr brauchen. Ich appellire an Ihr Gefühl: sind Reden, wie die des Frhrn. v. Vincke geeignet, das tiefgekränkte, schweigsame Land — ich sage schweigsam, denn es ist kein Exceß daselbst vorgefallen — das tiefgekränkte Land zu versöhnen? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht blos Aufgabe des Landes — und ich rechne mich dazu und will die Aufgabe gern erfüllen, sondern auch die der königl. preußischen Regierung, daß nach dem, was vorgegangen ist, eine Versöhnung eintritt, aber der hier anwesende Frhr. v. Vincke hat die Versöhnung nicht eingeleitet. (Beifall.)

Abg. v. Rabenau: Ein Redner hat gestern uns oberhessische Abgeordnete zum Gegenstande seines politischen Bedauerns gemacht. Politischen Haß kann ich vertragen, politisches Bedauern nicht. Wir Oberhessen nehmen vielmehr in dieser Versammlung eine bevorzugte Stellung ein: wir werden die Pionniere sein, die Norddeutschland über den Main tragen, und nicht die Locomotive des Abgeordn. Miquel, wenn erst die norddeutsche Verfassung feststeht. Denn unser Land kann nicht mehr existiren in der Zerrissenheit, von der sich eben ein Bild darbietet. Wir sind bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Was darüber hinaus ist, das wollen wir nicht im Interesse unserer Dynastie und unserer Eigenart.

Abg. Duncker: Er habe den Abg. Miquel nur sagen lassen, daß er bereit sei, Opfer an Freiheiten zu bringen, nicht die Freiheit völlig preiszugeben.

Abg. v. Vincke: Der Abg. v. Vincke, der hier steht, ist derselbe, den der Abg. Franke 1848 in Frankfurt kannte und daß er auf demselben Rechtsboden steht, wie damals. Ich habe, wie Wenige in diesem Hause, die Rechte Schleswig-Holsteins vertreten, aber nicht blos das Erbrecht des Augustenburgischen Volkes, sondern auch das Recht des deutschen Volkes, gegen welches Schleswig-Holstein seine Pflicht nicht so erfüllt hat, wie es sie hätte erfüllen können. Der Herr Abgeordnete hätte seinen Landsmann abhalten sollen, das Wort des Unfriedens zwischen seinen neuen Mitunterthanen und der Krone Preußen, ihren Landesherrn, in diese Versammlung zu werfen. (Lebhafter Beifall.) Er hätte nicht in Invectiven, die nicht parlamentarisch waren, Se. Majestät den König hier in seiner Hauptstadt angreifen sollen, statt die Pflicht der Dankbarkeit gegen Preußen und Se. Majestät den König zu erfüllen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schleiden verwahrt sich dagegen, daß er die Person des Königs in die Discussion gezogen, er habe nur von der Regierung gesprochen.

Präsident Simson bestätigt das und motivirt zugleich sein gestriges Verhalten der bezüglichen Aeußerung gegenüber.

Abg. v. Vincke: Unter der Regierung von Gottes Gnaden versteht man nicht die Minister.

Präsident Simson läßt sich ermächtigen, eingegangene Petitionen, die sich nicht auf die Berathung des Verfassungs-Entwurfs beziehen, als zur Competenz des Hauses nicht gehörig, ihren Absendern zurückzugeben, die übrigen aber tabellarisch zur Kenntniß des Reichstages zu bringen, ob etwa einzelne Mitglieder sie aufzunehmen geneigt sind. Eine Petition, betreffend die Ausschließung von den Wahlen aus den an Oldenburg abgetretenen Gebietstheilen Holsteins, hat bereits der resp. Abtheilung vorgelegen. Einer anderen Petition eines Hausbesitzers in Liegnitz thut der Präsident Erwähnung, welche die Einführung von Francs und Centimes mit deutschen Bezeichnungen in den norddeutschen Bund empfiehlt.

Den Abtheilungen liegen noch 20 Wahlprüfungen vor.

Schluß 2¼ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Tagesordnung: Wahlprüfungen und Beschluß über den Beginn der Special-Discussion des Verfassungs-Entwurfes).

△▽ **Hamburg**, 12. März. [Furcht vor der allgemeinen Wehrpflicht. — Aus Schleswig-Holstein.] Es wird in dem Bereiche des norddeutschen Bundes keine zweite größere Stadt denkbar sein, in welcher eine so lächerliche Furcht vor den Bestimmungen der allgemeinen Wehrpflicht existirt, als eben in Hamburg. So erklärt es sich nämlich, daß in der jüngeren Zeit, abgesehen von dem in den österreichischen Ritterstand erhobenen bisherigen hiesigen österreichischen Generalconsul von Westenholz, zahlreiche begüterte jüngere Kaufleute ihr Ausscheiden aus dem Hamburgischen Staatsverbande nachgesucht haben. — In den ersten Tagen dieses Monats desertirte aus dem in Altona garnisonirenden 11. Infanterie-Regiment ein Gemeiner, und zwar unter Mitnahme der sämmtlichen Uniformstücke. Da der Betreffende als Schleswig-Holsteiner der Rekruten-Schule angehörte, so erwartete man noch immer eine freiwillige Rückkehr. Als jedoch 5 Tage verstrichen waren, ohne daß von dem Betreffenden irgend eine Spur ermittelt worden, sah sich die Altonaer Militärbehörde zu weiteren und ernstlicheren Nachforschungen veranlaßt. Der Deserteur wurde darauf in Lüneburg aufgegriffen und gestern nach Altona zurückgeliefert. Er hatte sich bei verschiedenen hannoverschen Dorfvorständen als Fourier für eine nachrückende Infanterie-Abtheilung ausgegeben und so ein den Umständen nach recht gemüthliches Leben geführt, bis man ihn, wie gesagt, in Lüneburg erwischte. — Der Eisenbahnverkehr mit und aus Schleswig-Holstein ist durch einen in den gestrigen Abendstunden und während der Nacht stattgehabten starken Schneefall erschwert. — Die dänenfreundlichen nordschleswigschen Blätter „Freia“ (Apenrade) und „Vestschlesvigsk Tidende“ (Mögeltondern) sind in der jüngsten Zeit wiederholt polizeilich mit Beschlag belegt worden. Die beiden Redacteure haben nun Recurs bei der Landesregierung in Schleswig eingelegt.

Oesterreich.

Wien, 12. März. [Vertagung des Reichsraths.] Die „Abendpost“ meldet: Wie wir aus competentester Quelle mitzutheilen in der Lage sind, ist für die nächsten Tage eine allerhöchste Entschließung Sr. k. k. apostolischen Majestät zu gewärtigen, mit welcher die ursprünglich für den 18. März in Aussicht gestandene Einberufung des Reichsrathes, mit Hinblick auf die eingetretene Nothwendigkeit der Auflösung einiger Landtage, auf kurze Zeit vertagt werden soll. — Zunächst steht dann das Erscheinen eines kaiserlichen Patentes in Aussicht, mit welchem die neu zu wählenden Landtage von Böhmen, Mähren und Krain, welche zunächst berufen sein werden, ihre Abgeordneten für den Reichsrath zu wählen, zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit einberufen werden sollen.

Großbritannien.

London, 10. März. [Die Proclamation der provisorischen Regierung von Irland.] Die (auch der „Times“ zugesandte) Proclamation der „provisorischen Regierung von Irland“ lautet:

„J. R. (Irische Republik). Das irische Volk an die Welt. Wir haben Jahrhunderte frevelnder Beleidigungen, erzwungener Armuth und bittern Elends erduldet. Unsere Rechte und Freiheiten wurden mit Füßen getreten von einer fremden Aristokratie, welche, uns als Feinde behandelnd, unsere Ländereien räuberisch an sich riß und von unserm unglücklichen Vaterland alle materiellen Reichthümer hinwegzog. Die wirklichen Eigner des Bodens wurden entfernt, um dem Vieh Platz zu machen und wurden über den Ocean getrieben, um sich dort die Mittel des Lebens zu suchen, und die ihnen in der Heimath verweigerten politischen Rechte; während unsere Männer des Gedankens und der That Leben und Freiheit zu verlieren verdammt wurden. Wir appellirten vergebens an die Vernunft und den Rechtssinn der herrschenden Gewalten. Unsern mildesten Vorstellungen wurde mit Hohn und Verachtung begegnet. Unsere Berufungen an die Waffen waren immer erfolglos. Aber jetzt, wo uns keine andere ehrenhafte Wahl gelassen ist, greifen wir abermals zu den Waffen, als unserem letzten Mittel. Wir halten uns gefaßt auf die Bedingungen dieses Schritts, indem wir männlich es für besser erachten, im Kampfe für die Freiheit zu sterben, als noch länger in diesem Dasein einer völligen Knechtschaft zu verharren. Alle Menschen sind mit gleichen Rechten geboren, und indem sie sich gesellen, um einander zu schützen und die öffentlichen Lasten zu theilen, erfordert die Gerechtigkeit, daß solche Staatsgesellschaften auf einer Grundlage beruhen, welche die Gleichheit aufrecht hält, anstatt sie zu zerstören. Wir erklären daher, daß wir dahin zielen, eine auf allgemeines Stimmrecht gegründete Republik zu errichten, welche allen den wirklichen Werth ihrer Arbeit sichern soll. Der jetzt im Besitze einer Oligarchie befindliche Grund und Boden von Irland gehört uns, dem irischen Volk, und uns muß er zurückgegeben werden. Wir erklären uns auch zu Gunsten allgemeiner Gewissensfreiheit und für vollständige Trennung von Kirche und Staat. Wir appelliren für die sonnenhelle Gerechtigkeit unserer Sache an das höchste Tribunal. Die Geschichte bezeugt die Schwere unserer Leiden, und wir erklären im Angesichte unserer Brüder, daß wir keinen Krieg gegen das Volk von England beabsichtigen; unser Krieg ist gegen die adeligen Heuschrecken, gleichviel ob englische oder irische, die unsere grünen Felder abgefressen haben; gegen die adeligen Blutegel, die dem englischen Volke wie uns das Blut aussaugen. Was euch betrifft, ihr Arbeiter von England, so wünschen wir nicht blos eure Herzen, sondern auch eure Arme. Gedenkt des Hungers und der Entwürdigung, die an euern häuslichen Herd gebracht ist durch die Unterdrückung der Arbeit. Gedenkt der Vergangenheit, blickt scharf in die Zukunft und rächt euch, indem ihr die Freiheit euren Kindern schafft in dem bevorstehenden Kampfe für menschliche Freiheit. Und hiermit verkündigen wir die irische Republik. Die provisorische Regierung.“

Belgien.

Brüssel, 10. März. [Die mexicanische Legion.] Gestern ist endlich das Transportschiff Rhone mit den belgisch-mexicanischen Truppen in Antwerpen angekommen. Man hatte sich darauf gefaßt gemacht, daß die Ausschiffung erst am nächsten Morgen in einer Art von officieller Weise stattfinden würde; sie hat aber, wie es heißt, auf höheren Befehl, noch um 8 Uhr Abends stattgefunden.

Spanien.

Madrid, 6. März. [Vom Hofe. — Straßentumult.] Die drei Carnevalstage sind ruhig vorübergegangen. War der erste durch starken Frost und trübes Wetter ein wenig beeinträchtigt worden, so erfreute sich dafür Montag und Dinstag der herrlichsten Frühlingssonne. Auf dem Prado drängte des Nachmittags sich Kopf an Kopf. Regelmäßig um 4 Uhr erschienen die sechsspännigen Hofwagen. In dem ersten befanden sich die Königin nebst deren Gemahl mit dem Prinzen von Asturien; in den folgenden geschlossenen die übrigen Infanten und die Herzogin von Montpensier. Die Kinder der Königin waren in Costüm, das jeden Tag wechselte. Der Kronprinz hatte sich einen schwarzen Schnurrbart anmalen lassen, der dem hübschen Gesichtchen gerade nicht übel stand. Viel Aufhebens wurde von der Königin nicht gemacht, nur die den Hofkreisen angehörigen oder näherstehenden Personen grüßten. Das Volk selbst verhielt sich durchaus theilnahmlos. Theilnahmlosigkeit ist wohl überhaupt einer seiner hervorragendsten Charakterzüge und Männer, die mit den hiesigen Verhältnissen seit Jahren vertraut sind, belächeln den Glauben des Fremden, der eine Revolution für bevorstehend hält. Mag Graf Reus oder irgend eine andere Persönlichkeit früher oder später ein Pronunciamento versuchen: die Menge würde er erst hinter sich haben, wenn der Sieg vollkommen auf seiner Seite wäre. In Madrid selbst hört und sieht man den ganzen Tag kaum etwas Anderes, als Hin- und Herziehen der Truppen. In allen öffentlichen Gebäuden liegen starke Wachen und außer der großen Anzahl von Polizeibeamten und Gendarmen, welche Puerto del Sol und die strahlenförmig auf diesen Platz mündenden Straßen besetzt halten, sind fast an jeder Ecke Doppelposten aufgestellt. Der leiseste Versuch einer Demonstration würde sofort mit Gewalt unterdrückt werden. Indessen, trotz aller Wachsamkeit, gelang es gestern einem Muthwilligen, Zusammenlauf zu erregen. Abends 8 Uhr, als die Alcalastraße durch die heimkehrenden Musikbanden eben besonders belebt war, ertönte ein Kanonenschlag. Alles stürzte aus den Häusern oder an die Fenster. Abtheilungen der Wachen aus dem Ministerium des Innern und sogar des entlegneren Kriegsministeriums rückten im Sturmschritt an und standen bald einander gegenüber, denn das Publikum hatte inzwischen gemerkt, daß nur eine Petarde über den Zaun eines im Bau begriffenen Gebäudes war geschleudert worden und die Politik mit dem schlechten Scherz nichts zu thun hatte. Die Soldaten zogen wieder ab, wahrscheinlich mißmuthig, daß sie nicht eine neue Decoration sich erwerben konnten, denn allerdings trägt Jeder von der in der Hauptstadt liegenden Garnison mindestens ein Kreuz auf der Brust.

[Decrete der revolutionären Junta.] Trotz der größten Wachsamkeit der Polizei erschien am 2. d. Mts. wiederum eine Nummer des „Relampago“, welche in einer Unzahl von Exemplaren zur Vertheilung kam. Sie enthält mehrere Decrete der revolutionären Junta von Madrid.

Eins dieser Decrete verbietet allen Wählern, sich an den bevorstehenden Wahlen zu betheiligen; wer ein Mandat als Deputirter annimmt, wird für einen Vaterlandsverräther erklärt; höhere Beamte, welche gesetzlich nicht abgesetzt werden dürfen und sich an der Wahl dennoch betheiligen, verlieren nach dem Triumphe der Revolution ihr Amt; alle Unterbeamte jedoch, welche den Chicanen ihrer Vorgesetzten ausgesetzt sind, dürfen ihre Stimme ungestraft abgeben, wie es ihr augenblicklicher Vortheil mit sich bringt. Ein anderes Decret verhängt über den General Pezuela die Todesstrafe und verordnet, daß seine Güter eingezogen werden sollen, um diejenigen Familien zu entschädigen, welche Opfer seiner barbarischen Anordnungen gewesen sind. Eine andere Bestimmung bedroht den Nachfolger Pezuela's, General Mayalde, ebenfalls mit Todesstrafe, wenn er während seiner Amtsthätigkeit die in dem berüchtigten Bando angedrohten Strafen zur Ausführung bringen sollte.

Die erwähnte Nummer des „Relampago“ enthält ferner eine Proclamation der revolutionären Junta an die Provinzen, worin diese aufgefordert werden, jeden Aufstand, der in Madrid oder an irgend einem anderen Punkte des Königreiches ausbrechen sollte, mit aller Macht zu unterstützen.

Osmanisches Reich.

Pera, 2. März. [Die identische Note der Großmächte. — Das neue Ministerium.] Die Thronreden, mit denen Königin Victoria und Kaiser Napoleon ihre Parlamente eröffneten, haben, so schreibt man der „A. Z.“, durch die Ueberreichung einer identischen Note Frankreichs, Englands und Rußlands eine passende Illustration erhalten. Man giebt in derselben der Pforte den wohlmeinenden Rath, angesichts der bedrohten Lage des Reichs recht bald die im Hatti Humajun verheißenen Concessionen an die Christen wirklich zur Ausführung zu bringen. Der ernste Ton der Note scheint auf die leitenden Staatsmänner, welche schon öfter in der Lage waren, interpellirt zu werden, diesmal einen nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben, zumal da es an Wiederholungen der Mahnung seitens der Gesandten nicht fehlt. In dem am 22. Febr. abgehaltenen Ministerconseil kam es zu längeren Berathungen, welche theils mehrere Bestimmungen des Hatti Humajun, theils die Vakufs (Moscheengüter) betrafen. Es handelte sich namentlich um die Ertheilung des Rechts, Grundbesitz zu erwerben, an Fremde. Dem „Lev. Herald“ zufolge beabsichtigt man durch ein neues Gesetz den Europäern zu erlauben, überall da Grundbesitz zu erwerben, wo es den Rajahs schon gestattet ist. Gewisse Quartiere der Hauptstadt, wie das von Aja Sophia, Ejub, Rumeli-Hissari im Bosporus, würden für den mohamedanischen Grundbesitz reservirt bleiben. Es scheint, als ob nicht allein die Pforte ein Zugeständniß gemacht habe, sondern auch als ob von Seiten der auswärtigen Mächte auf gewisse Sätze der Capitulationen verzichtet worden sei. In anderweitigen Ministerconseils war auch die Rede davon den Eigenthümern von Vakuf-Grundstücken das Recht zu geben, ihren Besitz auch auf entferntere Verwandten zu vererben, was bisher nicht stattfand. Weitere Schritte, die Vakufgüter in Mülk, d. h. dem Staat steuerpflichtige und nach Gutdünken vererbende Güter, zu verwandeln, sind nicht geschehen, da bereits im vorigen Jahre der Widerstand der Geistlichkeit alle Versuche vereitelt hat. Wenn die hiesige Presse diese Concession mit Freuden begrüßt, da jetzt alle möglichen fremden Capitalien dem türkischen Boden zuströmen würden, so fürchten wir, daß sie sich bitter täuschen. Alle bisherigen Versuche von Europäern, sich in der Türkei anzusiedeln und Grund zu erwerben, sind ohne Ausnahme mißglückt, und zwar nicht wegen der Vakufgesetzgebung oder des Verbots von Seiten des Staats, welche auf die bequemste Weise umgangen werden können, sondern wegen des Mangels an Achtung für das Eigenthum bei der Nachbarschaft, welche z. B. die österreichische Ansiedelung bei Burgas zu Grunde richtete. Die Habsucht der Provinzial-Beamten und die unsinnige Steuergesetzgebung machen außerdem jeden nutzreichen Betrieb unmöglich. Man braucht nur die Vorgänge in dem Bezirk von Ismid, also unmittelbar vor der Hauptstadt, zu betrachten, wo man den ihre Steuern wegen dreijährigen Mißwachses nicht bezahlen könnenden Bauern die Pflüge und das Ackervieh wegnahm und ihnen so alle Mittel zur Existenz abschnitt — welcher Europäer würde sich einer solchen Behandlung aussetzen? Bei Gerichtsverhandlungen ist noch bis auf den heutigen Tag das Zeugniß eines Christen gegen einen Moslem ungiltig, trotz Hattischerif und Hatti Humajun. Wie es heißt, haben die Gesandtschaften vorzugsweise auf die Abstellung dieses schreienden Uebelstandes gedrungen, und man hat in der That sich in eingehender Weise mit diesem Punkte beschäftigt, da alle möglichen Concessionen ohne die Regelung der rechtlichen Existenz werthlos sind. Für die Hauptstadt wird man wohl diese wesentlichste Bestimmung der beiden Hatt, den guten Willen des Ministeriums vorausgesetzt, durchsetzen können: in den Provinzen ist es kaum möglich, da hier die localen Einflüsse bisher allen Versuchen dazu erfolgreich Trotz geboten haben. Es ist uns daher unbegreiflich, wie die europäische Presse die neue Ministercombination so bejubeln konnte, da es doch Männer sind, welche schon früher und lange genug am Ruder gewesen, um auch in weiteren Kreisen gekannt zu sein. Was bis jetzt von ihren projectirten Reformen bekannt geworden ist, scheint uns nicht von so großer Bedeutung zu sein.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 14. März. [Polizeiliches.] Es wurde gestohlen: Messergasse 24 1 Paar weißgestickte Handmanschetten. Sterngasse 8c 6 Herrenhemde gez. A. V., R. Z., A. Z., und Alt, ferner 1 Frauenhemde gez. C. K. und 1 neuer weißer Strumpf. Goldene Radegasse 20 6 leinene Manns- und Frauenhemden, 5 bis 6 Taschentücher, einige gez. A. R. und mehrere bunte Halstücher und Schürzen. Reuschestraße 55 1 Webe feine 1¾ breite Leinwand.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein muthmaßlich gestohlenes leeres Bierfaß, durch Einbrennen gez. „Nr. 76. Volksgarten. 25 Quart“.

Verloren wurde: Ein auf Rosina Heinke lautendes Gesindedienstbuch, ein Geldtäschchen von grünem Leder mit Gummiband; in demselben befanden sich 45 Thlr. in 5 Kassenscheinen zu 25 und 5 Thlr.

[Außergewöhnlicher Todesfall.] Am 11. d. M. Vormittags erkrankte plötzlich auf der Reuschenstraße ein hiesiger 44 Jahr alter Tagearbeiter; derselbe wurde sofort nach dem Hospital Allerheiligen gebracht und starb dort am Abend desselben Tages an Lungenlähmung.

[Unglücksfall.] Am 12. d. M. Vormittags erlitt ein in der auf dem Grundstücke Lorenzgasse Nr. 2 belegenen Eisengießerei beschäftigter Lehrling durch unvermuthetes Umschlagen eines Formkastens einen Bruch des linken Beins im Unterschenkel. (Fremdenbl.)

[Zur Statistik des deutschen Buchhandels.] Nach der Zusammenstellung, welche der Herausgeber einer „Versendungsliste“ im Leipziger Buchhändlerorgan giebt, zählt der deutsche Buchhandel gegenwärtig 3100 Firmen, d. h. Verlags-, Sortiments-, Antiquar-, Kunst- und Musikalienhandlungen in Deutschland selbst oder doch mit Deutschland in directer geschäftlicher Verbindung stehend. Hiervon kommen auf den eigentlichen Sortimentsbuchhandel 1839 Firmen in 708 Städten (gegen 1670 in 646 Städten im Jahre 1864.) Nach den Ländern vertheilen die 1839 Sortimentsbuchhandlungen sich folgendermaßen:

I. Europa. 1. Oesterreich (in 108 Städten) mit 253 Firmen und zwar: a. Böhmen (in 30 Städten) mit 61 Firmen. b. Bukowina (in 1 St.) mit 2 F. c. Galizien und Krakau (in 11 St.) mit 19 F. d. Görz und Triest (in 2 St.) mit 5 F. e. Kärnthen (in 1 St.) mit 3 F. f. Krain (in 1 St.) mit 4 F. g. Croatien (in 3 St.) mit 5 F. h. Mähren (in 9 St.) mit 17 F. i. Oesterreich u. d. E. (in 4 St.) mit 45 F. k. Oesterreich o. d. E. (in 5 St.) mit 10 F. l. Salzburg (in 1 St.) mit 3 F. m. Schlesien (in 3 St.) mit 5 F. n. Siebenbürgen (in 6 St.) mit 8 F. o. Steiermark (in 4 St.) mit 12 F. p. Tirol mit Vorarlberg (in 7 St.) mit 14 F. q. Ungarn nebst Serbien und Temeser Banat (in 20 St.) mit 40 F.

2. Preußen (in 279 St.) mit 702 F. — 3. Sachsen (in 50 St.) mit 193 F. — 4. Uebrige Staaten des norddeutschen Bundes (in 65 St.) mit 162 F. — 5. Baiern (in 60 St.) mit 127 F. — 6. Würtemberg (in 24 St.) mit 59 F. — 7. Baden (in 18 St.) mit 42 F. — 8. Hessen (in 7 St.) mit 35 F. — 9. Niederlande und Luxemburg (in 9 St.) mit 25 F. — 10. Die Schweiz (in 28 St.) mit 68 F. — 11. Rußland (in 18 St.) mit 57 F. — 12. Dänemark (in 2 St.) mit 16 F. — 13. Schweden und Norwegen (in 6 St.) mit 16 F. — 14. Frankreich (in 3 St.) mit 16 F. — 15. Großbritannien (in 2 St.) mit 11 F. — 16. Italien (in 6 St.) mit 8 F. — 17. Belgien (in 3 St.) mit 7 F. — 18. Türkei (in 3 St.) mit 6 F. — 19. Kirchenstaat (in 1 St.) mit 1 F. — 20. Griechenland (in 1 St.) mit 1 F.

II. Amerika (in 13 St.) mit 31 F. — III. Asien (in 2 St.) mit 2 F.

Unter Städten haben die meisten Sortiments-Buchhandlungen: Leipzig (einschließlich der Commissionsgeschäfte) 85, Berlin 80, Wien 41, Hamburg 37, Dresden 23, Prag 23, Breslau 20, Frankfurt a. M. 20, Stuttgart 20, München 17, Kopenhagen 15, Köln 14, Halle 14, Mainz 13, Nürnberg 13, Zürich 13, New-York 12, Augsburg 11, Pest 11, Posen 11, Warschau 11, Kassel 10, Hannover 10, London 10, Paris 10 und St. Petersburg 10 u. s. w. Daß Kopenhagen, New-York, London, Paris, St. Petersburg mehr als 15 resp. 12 und 10 Sortiments-Buchhandlungen besitzen, braucht wohl nicht erwähnt zu werden, doch steht nur die angegebene Zahl derselben mit Leipzig in Verbindung.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

= **Berlin**, 11. März. [Gerichts-Verhandlung] Vor den Schranken des Schwurgerichts steht ein junger bleicher Mensch, der am 12. Januar 1848 zu Groß-Monra bei Cölleda (Thüringen) geborene Papparbeiter Wilhelm Carl Albert Gerbing unter der Anklage des Mordes.

Gerbing hat in Berlin das Gewerbe eines Papparbeiters erlernt und ist nach seiner Lehrzeit als Geselle viel in der Welt umhergereist, wie er selbst angiebt, um sich theils in seinem Gewerbe auszubilden, theils um die Welt zu sehen. Im Jahre 1866 ging er nach England, wo er in einem Kohlenbergwerk arbeitete, kehrte aber, als er keine Arbeit mehr fand, wieder nach Berlin zurück, wo er beim Rentier Hecker und später bei dem Militär-Effecten-Fabrikant Dotti Arbeit fand, die ihm mit 4 Thaler 10 Sgr. pro Woche honorirt wurde. Während dieser Zeit lernte er bei seinen Landsleuten, den Glaser'schen Eheleuten, die zur Zeit 18 Jahre alte unverehelichte Maria Tauschke, die Tochter eines hiesigen Kasernenwächters, kennen, welche dort in Schlafstelle lag, während sie sonst in der Goldschmidt'schen Fabrik arbeitete. Gerbing knüpfte mit dem jungen Mädchen ein Liebesverhältniß an, das sich aber, nachdem die Tauschke von dort fort und zu ihren Eltern gezogen war, merklich lockerte. Gerbing war über die Kälte und die an den Tag gelegte Abneigung der Maria Tauschke furchtbar erregt und suchte deshalb seinem Leben ein Ende zu machen, indem er sich am 21. Oct. in der Nähe des Mariannenufers ins Wasser stürzte. Kaum war dies aber geschehen, als die Lust zum Leben derart wieder in ihm erwachte, daß er um Hilfe rief, infolge dessen er aus dem Wasser gezogen und so vom Tode errettet wurde.

Am 2. Dezember hatte die Marie Tauschke Lust, nach dem Gesellschaftshause vor dem Cottbuser Thore zu gehen, was Gerbing, der wenig Geld hatte und schlecht bekleidet war, ihr auszureden suchte. Das junge Mädchen stand indessen von ihrem Vorhaben nicht ab, und nun entschloß sich Gerbing mitzugehen. Sein Geldmangel und der Mangel an einer angemessenen Kleidung hinderten ihn, am Tanze Theil zu nehmen, und so mußte er dulden, daß seine Geliebte mit Andern tanzte, während er selber von tiefem Groll über die ganze Welt erfüllt war, die ihm das Vergnügen zeige, ihm aber die Mittel, es selber zu genießen, versage. Sein Groll erreichte den höchsten Grad, als er sah, wie Marie einen früheren Geliebten, den Arbeiter Alexander Lychnowski, küßte; und dieser Augenblick ist es nach seiner eigenen Angabe gewesen, der den schon einmal gefaßten Vorsatz, seinem Leben ein Ende zu machen, auf's Neue in ihm befestigte. Um seinen Aerger zu vergessen, wollte er sich berauschen, und um sich die Mittel zum Ankauf der erforderlichen Getränke zu verschaffen, entkleidete er sich seiner Weste, die er beim Portier des Gesellschaftshauses für 15 Sgr. versetzte. Auf Zureden einer Freundin der Tauschke setzte sich diese noch einmal zu Gerbing, um seine Erregtheit durch das Versprechen zu besänftigen, daß sie am nächsten Abend zu Glaser's kommen und dort mit ihm zusammentreffen wollte. Was weiter geschehen ist, darüber kann der Angeklagte keine Auskunft geben als die, daß er am Montag morgens auf einer Bank in der Nähe des Krankenhauses Bethanien erwacht sei.

Sich dunkel der Vorgänge am vorigen Sonnabend erinnernd, ging Gerbing zu den Glaser'schen Eheleuten, denen sein bleiches und wirres Aussehen ungemein auffiel. Marie Tauschke hatte ihr Versprechen, zu Glaser's zu kommen, nicht gehalten und dieser Umstand bestärkte ihn in dem Glauben, daß dieselbe ihm untreu geworden sei und ihm dem Lychnowski vorziehe.

Wie der Angeklagte sagt, haben ihn von da an zwei Willensrichtungen beschäftigt: Nach der einen wollte er zuerst von der ungetreuen Geliebten Abschied nehmen und nach England gehen, um dort seinen Bruder aufzusuchen; nach der andern wollte er seinem Leben und dem Leben der Marie Tauschke ein Ende machen, wenn diese ihm den letzten feierlichen Abschied verweigere.

Am Dinstag, 4. Dezbr., schrieb er einen Brief an seine Eltern, in welchem er diesen das ganze Verhältniß mit der Tauschke auseinandersetzte und erklärte, daß er mit dieser zusammen sterben wolle. Später ließ er sich das Haar beschneiden und packte die abgeschnittenen Locken in einen zweiten Brief,

in welchem er Abschied von seinen Eltern nahm. Beide Briefe sind später noch bei ihm gefunden worden. — Einen dritten Brief schrieb er an die Marie Tauschke, die er um eine letzte Unterredung bat.

Hierauf begleitete er ein junges Mädchen nach der Expedition der „Voss. Zeitung" und ging dann in einen Waffenladen, um ein Doppelterzerol zu kaufen. Ein solches sollte 2 Thlr. kosten, und da Gerbing nur etwas über einen Thaler hatte, so mußte er sich mit einem einläufigen Terzerol begnügen, das er für den Preis von 1 Thlr. erstand. Dem Commis gegenüber, von dem er das Terzerol kaufte, gab er an, daß er einen Hund erschießen wolle, und bat denselben, ihm das Terzerol scharf und mit 2 Kugeln zu laden. Zugleich fragte er den Buchhalter, ob er den Hund wohl mit einem Schuß tödten werde, worauf dieser erwiderte, daß er auf 30 Schritte mit dem Terzerol einen Menschen tödten wolle. — Auf seine Bitte gab ihm der Commis noch einige Kupferhütchen und einige Munition, worauf der Angeklagte, der sich während dieser Zeit, wie das junge Mädchen, welches er begleitete, bekundete, sehr heiter, aber etwas exaltirt benahm, den Waffenladen verließ.

Am Nachmittag ging der Angeklagte nach der in der Köpenickerstraße belegenen Goldschmidt'schen Fabrik und fragte den Portier, ob er der Tauschke den Brief eingehändigt und was dieselbe geantwortet habe. Der Portier sagte ihm, daß er den Brief abgegeben, daß die Tauschke ihm aber gesagt habe, sie wolle erst den Brief lesen und dann weiter sehen, was sie thun würde.

Hierauf begab sich Gerbing in einen Schankkeller, wo er seinen Nebenbuhler, den Lychnowski, antraf, diesen indessen unbeachtet lassend, sich ein Glas Rum geben ließ, dem er später noch drei andere Gläser, à 1 Sgr., folgen ließ. Jetzt ging er wiederum nach der Goldschmidt'schen Fabrik, um die Tauschke am Eingange zu erwarten. Um 6 Uhr kam dieselbe aus dem Fabrik-Etablissement und ging mit Gerbing auf die andere Seite der Köpenickerstraße, wo er sie zum letzten Male aufforderte, mit ihm zu Glasers zu gehen. Die Tauschke weigerte sich, indem sie sagte, daß Alexander (Lychnowski) dann wieder böse werden möchte; und nun spannte Gerbing in der Tasche das Terzerol, setzte ein Zündhütchen auf, blieb einen Schritt hinter der Tauschke zurück und feuerte, wie er sagt, ohne weiter zu zielen, auf dieselbe. Die Tauschke taumelte an einen Kellerhals und ging dann mit den Worten: „Er hat nicht getroffen!" in den Keller hinein, wo sie indessen zusammenbrach. Gerbing stürzte jetzt auf das Trottoir, schlug die Stirn heftig auf dasselbe, versetzte sich mehrere Schläge mit dem Terzerol auf die Stirn und steckte dasselbe in den Mund, um sich dadurch zu tödten. Hinzugekommene Personen glaubten zuerst, der junge Mensch, der jetzt besinnungslos dalag, habe sich erschossen und knöpften deshalb die Weste desselben auf, während andere riefen: „Nein, er nicht! er hat das junge Mädchen erschossen!" Einige Personen schlugen nunmehr auf ihn ein, worauf er, wieder zum Leben erwachend, ausrief: „Ja, schlagt mich nur todt; ich will ja sterben!" Hierauf sprach er unzusammenhängend davon, daß er nur wünsche, die Marie sei gestorben, damit er auch bald zum Tode verurtheilt werde.

Marie Tauschke war in der Gegend der Weichen getroffen und starb infolge der durch zwei Kugeln in der Gegend der Bauchhöhle erhaltenen Wunde schon am nächsten Tage in dem Krankenhause Bethanien, wohin sie vom Orte der That gebracht worden war.

Auf die Frage des Präsidenten des Gerichtshofes, Stadtgerichtsrath Bachmann, an den Angeklagten, ob er sich des Mordes für schuldig erkläre, antwortet derselbe: „Nein", während er in der Voruntersuchung stets das Gegentheil behauptet hat.

Präs.: Sie haben das Gegentheil in der Voruntersuchung behauptet, wie kommt das?

Angekl.: Ich will heute lieber sterben als morgen, aber die Wahrheit ist, daß ich in der Zelle darüber nachgedacht habe, wie ich dazu gekommen bin, und mir habe sagen müssen, daß ich im Wahnsinn gehandelt habe.

Der Aufforderung des Präsidenten, seinen Lebenslauf bis zur Begehung der That zu erzählen, kommt der Angeklagte in sehr ruhiger Weise nach und erzählt zusammenhängend, was die Anklage im Ganzen darstellt.

Die Beweisaufnahme erfolgt durch die Vernehmung von 19 Zeugen und der beiden Sachverständigen Prof. Dr. Sczerska und Prof. Dr. Limann.

Der Vater der Tauschke bekundet, daß seine Tochter fleißig und ehrlich gewesen sei, was auch von dem Arbeitgeber bestätigt wird. Daß dieselbe aber auch etwas leichtfertig gewesen ist, geht aus einem anderen Zeugniß hervor, wonach die Tauschke gesagt haben soll: sie mache sich aus Gerbing gar nichts, wolle aber noch bis Weihnachten mit ihm gehen, damit sie ein Weihnachtsgeschenk von ihm erhalte. Was indessen das Verhältniß mit Gerbing betrifft, so ist dasselbe nach Allem, was darüber kund geworden ist, ein geschlechtlich nicht vertrautes gewesen.

Die Briefe des Angeklagten an die Eltern athmen den Geist eines religiös-krankhaften Gemüths, denn in demselben Augenblick, in welchem er von dem Unrecht der That und der Schmach des Mordes, resp. Selbstmordes spricht, weist er auf den Himmel als den Ort der seligen Vereinigung mit seinen Eltern. — Der Brief an Marie spricht die Hoffnung aus, daß sie sich schließlich doch wieder mit ihm versöhnen werde, und daß sie ihm vor seiner Abreise nach England das Herz nicht schwer machen möge. „Ich kann es Dir nicht verdenken", sagt er in dem Briefe, „daß Du mit Alexander wieder gut wirst; es war Deine erste Liebe, wie auch meine Liebe zu Dir meine erste ist."

Das Gutachten der Sachverständigen geht in Bezug auf die Tödtung der Tauschke dahin, daß dieselbe in Folge des Schusses erfolgt sei. In Bezug auf die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten führt der Prof. Sczerski, der ihn während der Untersuchungshaft beobachtet hat, aus, daß der Angeklagte die That unmöglich in einem normalen Zustande begangen habe, daß aber an seiner Zurechnungsfähigkeit und dem Bewußtsein der gesetzwidrigen Handlung im Sinne des Gesetzes nicht zu zweifeln sei.

Der Staatsanwalt Mittelstädt beantragt das Schuldig wegen Mordes, indem er ausführt, daß die Herren Geschworenen sich nicht dadurch von dem Verdict des Schuldig abhalten lassen möchten, daß sie hinter demselben das Schaffot aufsteigen sähen und sich nun sagten: wir können den jungen Menschen, über dessen sonstige Lebensweise wir nur Gutes gehört haben, der nicht aus Habsucht oder einem anderen unedlen Triebe die That begangen hat, nicht zu einem solchen Tode verurtheilen. Thäten sie dies, so würden sie gegen ihn ungerechterweise ein Recht ausüben, das allein der Krone zustehe; es sei dies das Begnadigungsrecht. Die Geschworenen hätten sich allein auf dem Boden des Gesetzes zu halten, denn er wisse wahrlich nicht, was aus den Zuständen werden solle Verbrechen gegenüber, welche sich in den letzten Tagen zugetragen hätten und noch nicht gesühnt worden seien, wenn das Gesetz nicht über Alles hochgehalten werde.

Der Vertheidiger des Angeklagten, Justizrath Meyert, plaidirt auf Nichtschuldig, indem er in sehr beredter Weise die Unzurechnungsfähigkeit desselben, die er in dem übergroßen Liebeswahn findet, schildert.

Das Verdict der Geschworenen lautet auf schuldig des Mordes, worauf der Gerichtshof auf Todesstrafe erkennt.

Der Verurtheilte nahm sowohl das Verdict der Geschworenen als auch das Todesurtheil mit sichtbarer Ruhe, wenn man nicht sagen will, mit Befriedigung entgegen.

Schützen- und Turn-Zeitung.

⁂ **Breslau**, 12. März. In diesem Jahre wird die Abhaltung mehrerer großer Schützenfeste beabsichtigt, deren Feier im vorigen Jahre dem Kriege und dem Wüthen der Epidemie hatte weichen müssen.

So in Breslau die Feier des 300jährigen Jubiläums des bürgerlichen Schießwerder für die Innungen, welche Festlichkeit wahrscheinlich am Pfingstfest d. J. stattfinden wird. Schon in diesem Monat März wird das Festcomite, wie es protocollarisch festgestellt worden ist, wieder zusammentreten.

Zu Groß-Glogau die Abhaltung des schlesischen Provinzial-Schützenfestes.

Zu Posen am 24., 25. und 26. Juni dieses Jahres das erste Bundesfest des Posener Provinzial-Schützenbundes. An diesem Feste soll ein prachtvolles Schützenbanner, welches zum Andenken an die vor drei Jahren erfolgte Gründung des Bundes gestiftet worden ist, eingeweiht werden. Die „Pos. Ztg." enthält folgende Beschreibung desselben.

Das Banner, ein wirkliches Kunst- und Prachtwerk aus der Fabrik für Stickereien in Gold und Silber von Pauline Bessert-Nettelbeck (Berlin), befindet sich beim Vorsitzenden des Bundes, Herrn H. Schneider, und ist daselbst vor Kurzem entrollt worden. Aus schweren, höchst soliden Stoffen angefertigt, trägt dasselbe auf hochrother Atlasfläche die erhabene Inschrift, in schwarz-goldenen Buchstaben gestickt: „Posener Provinzial-Schützenbund, gestiftet den 21. Juni 1864." Diese Inschrift befindet sich in der Kreisfläche eines Eichenkranzes, dessen Blätter in weißer Seide gestickt und goldgerippt sind, abwechselnd mit goldenen Eicheln, in deren Lage wieder die größte Mannigfaltigkeit herrscht. Das Ganze trägt eine mit vorzüglicher Erhabenheit ausgeführte Bürgerkrone, in Smaragden und Rubinen glänzend. Ueberall tritt uns auf dieser eleganten Fläche die Provinzialfarbe, schwarz-roth-weiß, harmonisch entgegen. — Noch mehr Glanz als die beschriebene, entwickelt die entgegengesetzte Fläche auf weißem, silberdurchwebtem Untergrunde, geziert mit dem von schwerer Goldstickerei umrandeten Provinzialwappen. Auch die größten Einzelheiten sind mit bewundernswerther Genauigkeit und Sorgfalt behandelt. Im Herzen des großen schwarzen Königsadlers sehen wir auf rothem Grunde den weißen Adler der Provinz, an dem gleichsam jede Feder markirt, jede Klaue charakteristisch ausgeführt ist. Und wie der Adler, so die darüber stehende Königskrone, auf frisch-grünen Palmen ruhend. Dieses herrliche Wappen wird von einem kräftigen Lorbeerkranz eingefaßt. Auch auf dieser kunstvollen Fläche ist wieder der Provinzialfarbe (bekanntlich haben wir diese Farbe, schwarz-roth-weiß, mit dem norddeutschen Bunde gemein) ausreichend Rechnung getragen. Auf dem Rande, in der Bundesfarbe gehalten, chamoisfarbener Stoff mit Silber belegt, ist die Jahreszahl 1866 in schwarzer Stickerei angebracht, das Stiftungsjahr des Banners. Unten hängen fünf schwere Quasten, aus schwarzen, rothen und silbernen Schnuren gearbeitet. Größer noch als diese sind die Quasten an dem mächtigen Stocke des Banners, der auf der Spitze einen schweren vergoldeten Adler in fliegender Stellung auf der Donnerkeule trägt. Dies kostbare Banner erregt durch die Kunst seiner Arbeit, die Pracht seiner Farben und die Harmonie in der Anordnung allgemeine Bewunderung.

Zu Liegnitz hat die Schützengilde beschlossen, das bereits im vorigen Jahre projectirte Fest zur Feier des 300jährigen Jubiläums der Gilde auch für dies Jahr ausfallen zu lassen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 13. März 10 U. Ab.	333,29	—5,4	NO. 1.	Trübe.
14. März 6 U. Mrg.	331,82	—7,1	SO. 1.	Heiter.

Breslau, 14. März. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 4 Z. U.-P. 4 F. 3 Z.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Bukarest, 14. März. Die gestrige Nummer des „Romanul" meldet: Constantin Cretzulesco hat ein Cabinet gebildet, dessen Liste heute dem Senate und der Kammer vorgelegt werden soll. Die Linke hat darin ein bedeutendes Uebergewicht, nachdem die Rechte ihren Beitritt verweigerte, Cretzulesco übernimmt das Präsidium und die Justiz. Johann Bratiano: Inneres, Demeter Bratiano: Arbeiten. Golesco: Aeußeres, Vasesco: Finanzen. Demeter Rosetti: Cultus, Ghergel: Krieg. (Wolff's T. B.)

München, 13. März. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der Minister des Innern, v. Pechmann, sich demnächst nach Karlsruhe zu begeben, um sich über den dortigen Verwaltungsgerichtshof zu informiren; es ist wahrscheinlich, daß auch hier ein solcher Gerichtshof eingeführt werden soll. (Wolff's T. B.)

Pest, 13. März. Der Erzbischof Lonowicz von Kalocsa ist gestorben. (Wolff's T. B.)

Belgrad, 13. März. Der preußische Oberst-Lieut. v. Krensky ist hier eingetroffen und hat dem Fürsten, den Ministern und dem Commandanten der Festung einen Besuch abgestattet. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 13. März, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war bei matter Haltung unbelebt. Die 3% schloß zu 69, 80. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91½ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 80. Italien. 5proc. Rente 54, 07½. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 411, 25. Credit-Mobilier-Actien 500, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 415, —. Oesterr. Anl. von 1865 pr. cpt. 331, 25. 6proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungestempelt) 84⅛.

London, 13. März, Nachm. 4 Uhr. — Schluß-Course: Consols 91 7/16. 1proc. Spanier 31⅛. Sardinier 73⅛. Italien. 5proc. Rente 53¾. Lombarden 16 9/16. Mexicaner 17⅞. 5proc. Russen 87. Neue Russen 88¼. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 30. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 74⅝.

Frankfurt a. M., 13. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterreichische Effecten flau. Nach Schluß der Börse besser. Creditactien 170⅜, 1860er 68⅜. Schluß-Course: Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 119⅛. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 92. Finnländische Anleihe 85. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anl. pro 1882 77⅝. Oesterr. Bankantheile 670. Oesterr. Credit-Actien 170. Darmstädter Bankactien 205. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterreichische Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Verbach 156¾. Hessische Ludwigsbahn 134. Darmstädter Zettelbank 246½. Oesterr. 5% steuerfr. Anl. 48½. 1854er Loose 59½. 1860er Loose 68⅛. 1864er Loose 72. Badische Loose 53¼. Kurhessische Loose 55⅛. 5% österr. Anleihe von 1859 61⅜. Oesterr. Nat.-Anl. 53¼. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques 40. Baiersche Prämien-Anleihe 99⅝.

Frankfurt a. M., 13. März. Effecten-Societät. Credit-Actien wichen von 169½ auf 167½, 1860er Loose von 68⅜ auf 67, steuerfr. österr. Anleihe von 48¼ auf 47⅞. Oesterreichische Effecten sehr flau. Amerikaner fest, 77½.

Wien, 13. März. [Abend-Börse.] Entschieden flau, schließlich angeboten. Credit-Actien 183, 60. Nordbahn 163, 00. 1860er Loose 86, 50. 1864er Loose 79, 50. Staatsbahn 209, 50. Galizier —. Czernowitzer —. Steuerfreies Anlehen 62, 20.

Hamburg, 13. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fonds gedrückt. Eisenbahnactien behauptet, Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90¼. Schluß-Course: National-Anleihe 55. Oesterreich. Credit-Actien 71¾. Oesterr. 1860er Loose 67½. Mexicaner —. Vereinsbank 109⅞. Norddeutsche Bank 120¼. Rheinische Bahn 116½. Nordbahn 80¾. Altona-Kieler 130¾. Finnländ. Anleihe 81¾. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 84¼. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 83. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 70⅛. Disconto 1¾ pCt.

Hamburg, 13. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fester, pr. März 5400 Pfd. netto 151 Bancothaler Br., 150 Gld., pr. Frühjahr 146 Br., 145 Gld. Roggen bei sehr beschränktem Geschäft behauptet, pr. März 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gld., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gld. Hafer behauptet. Oel höher, loco geschäftslos, pr. Mai 25⅛, pr. Octbr. 26½. Spiritus ruhig, 23¼. Kaffee auf Rotterdamer Auctionsdepesche nicht günstig. Zink lebhafter. Verkauft 2000 Ctr. pr. Frühjahr, 1000 Ctr. schwimmend 14⅛. — Frostwetter.

Liverpool, 13. März, Mittags. Baumwolle: 12—15,000 Ballen Umsatz. Bei steigenden Preisen lebhafter Markt. Middling Amerikanische 13¼, middling Orleans 13¾, fair Dhollerah 11¼, good middling fair Dhollerah 10¾, middling Dhollerah 10¼, Bengal 8, good fair Bengal 8¾, Scinde —, Domra 11¼, Pernam —, Egyptian —.

Antwerpen, 13. März. Petroleum, raff. Type, weiß, fest, 49 Francs per 100 Ko.

Paris, 13. März, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. März 93, 00, pr. Mai-August 97, 00, pr. September-Dezember 96, 50. Mehl pr. März 71, 00, pr. Mai-Juni 73, 25. Spiritus pr. März 59, 50

London, 13. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Marktbesuch beschränkt. Weizen zu Montagspreisen, welche Verkäufer erlangten, fest gehalten. Frühjahrsgetreide fest. — Wetter kalt.

Amsterdam, 13. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen fest, auf Termine 2½ Fl. höher. Raps pr. April 67, pr. October 70. Rüböl pr. Mai 37½, pr. October-Dez. 39¼.

Die Kaffee-Auction verlief coulant, durchschnittlich zur Taxe; einige Sorten gingen etwas niedriger ab.

Bei der am 12. März fortgesetzten Ziehung der Hannoverschen Lotterie 5. Klasse fielen nachstehende größere Gewinne:
1000 Thlr. auf Nr. 5680. 10092.
400 Thlr. auf Nr. 11980. 12261. 12883.
200 Thlr. auf Nr. 1108. 2084. 3181. 5553. 5878. 7421. 11507.
100 Thlr. auf Nr. 4714. 11489. 13082. 6606. 5267. 6929. 9676. 2959. 1500.
50 Thlr. auf Nr. 11410. 13840. 3857. 12475. 494. 5866. 9186. 9021. 2027. 11110. 1215. 5758. 9774. 12399. 4207. 3765. 2776. 5344.

[Preußische Thalerstücke] Der Finanzminister hat angeordnet, daß die von 1750 bis einschließlich 1816 auf freien Stempeln ausgeprägten Thalerstücke, sobald sie den Staatskassen zukommen, von diesen eingezogen und an die General-Staatskasse wie an die hiesige Münze eingesandt werden sollen, so daß sie dann nicht mehr in Umlauf kommen können.

— In einer am 12. d. M. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungs-Rathes der Berliner Handels-Gesellschaft ist beschlossen worden, auch für das verflossene Jahr wieder eine Dividende von 8 pCt. zur Vertheilung zu bringen.

Berlin, 13. März. Obgleich die auswärtigen Course verhältnißmäßig besser lauten, als nach allgemeiner Erwartung angenommen werden konnte, war die Börse doch in allen Theilen entschieden flau. Außer den Befürchtungen, zu welchen die täglich beängstigender auftretende orientalische Frage Anlaß giebt, verstimmte die Pariser Nachricht von Unterhandlungen zwischen Frankreich und den Niederlanden über Luxemburg. Die allgemeine Abspannung der Speculation auf allen ihren Gebieten drückte überdem ganz besonders auf Eisenbahn-Actien. Das Angebot war belangreicher in diesen Actien als an den früheren Tagen dieser und der vergangenen Woche. Verkäufer traten zahlreich auf, und Kauflust ließ sich, trotz der entgegenkommenden Willfährigkeit der Verkäufer, selten und nur im beschränktesten Maße anregen. Die Cours-Herabsetzungen erreichen häufig ein ganzes Procent. Namentlich flau waren Bergisch-Märkische, Cöln-Mindener, Oberschlesische, Mainzer und Anhalter. Halberstädter fest und selbst höher, auch Potsdamer, obwohl ohne Umsatz, behauptet. Sonst blieben die meisten Actien angeboten. Franzosen und Lombarden beträchtlich gedrückt. Der fremde Fondsmarkt war nicht weniger flau, doch büßten österreichische selten ½ pCt. ein, nur 60er Loose, die noch ziemliches Geschäft hatten, erfuhren größeren Coursverlust. Credit hat ein ganzes Procent eingebüßt, ohne daß das Geschäft belebt gewesen wäre. In den Coursen etwas gedrückt, sonst aber ziemlich fest, waren russische Fonds, die neueste Prämien-Anleihe blieb wegen der stattfindenden Verloosung außer Verkehr. Polnische Papiere ziemlich fest. Pfandbriefe wieder ein wenig gewichen. Fest und nach Verhältniß der herrschenden Geschäftsunlust belebt waren Amerikaner, auch etwa ⅛ höher. Italiener, das auch heute am meisten bewegte Papier, schließt etwa ½ niedriger, war aber, abgesehen von diesem Coursverlust, ziemlich fest. Eisenbahn-Prioritäten still, zum Theil auch gedrückt, die neue Kozlow-Woronesch 76½ bez. Preußische Fonds etwas thätiger. 5proc. Anleihe ⅛ schlechter. Bankeffecten still. Darmstädter stark angeboten und herabgesetzt. — Rumän. Anl. 68 Br. — Geld für erste Disconten offerirt.

Prämie für Amerikaner per März 78¼—½ Br., pr. April 78¾—¼ G., pr. Mai 79—1 Br. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 13. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	101⅛ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅞ bz.
dito 1850. 52	4	91⅜ bz.
dito 1853	4	91⅜ bz.
dito 1854	4½	100¼ bz.
dito 1855	4½	100¼ bz.
dito 1856	4½	100¼ bz.
dito 1857	4½	100¼ bz.
dito 1859	4½	100¼ bz.
dito 1864	4½	100¼ bz
Staats-Schuldscheine	3½	84½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	99½ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	79¼ bz.
Pommersche	3½	78 G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	89 G.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	92 bz
Pommersche	4	92⅛ bz.
Posensche	4	90½ bz.
Preussische	4	91 G.
Westph. u. Rhein.	4	96½ bz.
Sächsische	4	93 B.
Schlesische	4	93 B.

Louisd'or 111¼ B.	Oest.Bk. 79⅜ bz.
Goldkr. 9. 8½ G.	Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	48 bz.
dito Nat.-Anl.	5	55½ bz.
dito Lot.-A.v.60	4	69 à 68¼ bz.
dito dito 64	—	42½ B.
dito 54er Pr.-A.	4	61 bz. u. B.
dito Eisenb.-L.	—	69 bz
Ital. neue 5proc. Anl.	5	53⅞ à ⅜ bz. u. G.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86⅞ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	87½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63½ bz. u. B
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91½ G.
dito à 300 Fl.	5	91 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55½ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 etw. bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	78⅛ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	96 bz
dito IV.	4½	94½ G.
dito III.v.St.3½g.	3½	78½ B.
Cöln-Minden	4½	99½ G.
dito II.	5	102¼ G.
dito	4	87¾ B.
dito III	4	— — —
dito	4½	95½ G.
dito IV.	4	85 bz.
dito V.	4	85 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82 G.
dito III. Em	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	79 B.
Niederschl.-Märk.	4	90½ G.
dito conv.	4	90½ G.
dito III.	4	88½ bz.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	101 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	80 B.
dito F.	4½	95 G.
dito G.	4½	94½ bz.
Oest.-Franz.	3	245 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	228 bz.
Rhein v. St. gar.	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	95¼ B.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1864.	1865.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	33½ bz.
Amsterd.-Rottd.	7 19/20	7¼	4	100 bz. [u. G.
Berg.-Märkische	7¼	9	4	150¼ à 49¼ à ¾ bz.
Berlin Anhalt.	11⅝	13	4	219½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	65 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97 B.
Berlin-Hamburg.	10	9½	4	156⅞ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	207 bz.
Berlin-Stettin.	7⅝	8	4	138 bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	62¼ bz.
Breslau-Freib.	8⅔	9	4	138 bz.
Cöln-Minden	15⅝	17⅔	4	143¾ bz.
Cosel-Oderberg.	¾	2¼	4	55 bz
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Galiz.Ludwigsb.	9	5	5	87¼ bz.
Ludwigsh.Bexb.	9⅕	10	4	149 bz.
Magd.-Halberst.	25	15	4	205¾ bz.
Magd.-Leipzig	18¾	20	4	255 B.
Mainz-Ludwigsh.	7½	8	4	128½ bz.
Mecklenburger.	3½	3	4	78 bz.
Neisse-Brieger.	4½	5 5/12	4	101¼ B.
Niedrschl. Märk.	4	—	4	91⅜ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	3⅔	4	94⅜ bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	4	4	81½ bz.
Oberschl. A.	10	11⅔	3½	187¼ bz.
dito B.	10	11⅔	3½	160½ B.
dito C.	10	11⅔	3½	187¼ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	110¾ à 110 bz.
Oestr. südl.St.-B.	8	7½	5	110¾ à 109¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	74 bz.
Rheinische	11¼	7	4	117½ bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	32¾ bz.
Stargard-Posen	3½	4½	4½	95 bz.
Thüringer	8	—	4	133½ bz.
Warschau-Wien.	7 11/12	8⅓	5	63½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	7 1/10	8¼	4	157 B.
Braunschw. B.	—	—	4	94 G.
Bremer Bank	7 8/10	6½	4	117 G.
Danziger Bank	7½	7 8/10	4	112 B.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	96⅛ B.
Geraer Bank	8	7⅝	4	104½ G.
Gothaer „	7	7½	4	99¾ B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	82½ G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	119 bz.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	109¾ B.
Königsberger B.	6¾	6½	4	111 G.
Luxemburger B.	4	6	4	82 G.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	94¼ G.
Posener Bank	7	6½	4	103¾ B.
Preuss. Bank-A.	10 19/20	10 14/15	4½	153 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 etw. bz u. G
Weimar „	7	6½	4	93 etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	107¾ etw. bz.
Coburg Credb.A.	8	8½	4	88⅝ etw. bz.
Darmstädter „	6	6½	4	81 bz. u. B.
Dessauer „	—	—	—	2⅛ bz. u. G.
Disc. Com.-Anth.	6½	6½	4	102 bz.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	28⅜ bz.
Leipziger „	4	4	4	83½ B.
Meininger „	7¼	7	4	95 etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	20½ bz.
Oesterr.Credb.A.	5	4½	5	73½ à 72¾ bz.
Schl. Bank.-Ver.	6½	7½	4	116 G.
Minerva	—	1	5	37½ B.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	117 bz.

Berlin, 13. März. Roggen loco 78—79pfd. 54¾—55¼ Thlr., 80—81pfd. 55¼—56¼ Thlr. — Rüböl loco 11⅞ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 16⅚ Thlr. bez., mit leihweisen Gebinden 16 23/24 Thlr. bez., pro März und März-April 16⅚ Thlr. bez., April-Mai 16⅚—¾ Thlr. bez. und Br., ¾ Thlr. Gld., Mai-Juni 16 19/24—⅞ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 17⅛—5/24 Thlr. bez., Juli-Aug. 17⅜—5/12 Thlr. bez.

✠ **Breslau**, 14. März. Wind: Nord. Wetter: klar. Thermometer Früh 5 Grad Kälte. Bei schwachen Angeboten und vermehrter Kauflust waren Getreide-Preise am heutigen Markte theilweise höher.

Weizen gefragt, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 82—96 Sgr., gelber 81—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 80—93 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen gut gefragt, pr. 84 Pfd. 67—70 Sgr., feinste Sorten 71 Sgr. bezahlt. — Gerste gefragt, pr. 74 Pfd. helle 58 bis 60 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. 32—34 Sgr. feinste Sorten 35 Sgr. bezahlt. — Erbsen stark offerirt. — Wicken offerirt. — Oelsaaten gut beachtet. — Lupinen schwach beachtet, pr. 50 Pfund gelbe 40—45 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen mehr beachtet, 50 bis 52 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr.pr.Schfl.		Sgr.pr.Schfl.
Weißer Weizen	82—90—96	Bohnen	70—80—90
Gelber Weizen	81—87—94		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	67—69—71	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gerste	48—54—59	Winter-Raps	185—195—205
Hafer	31—33—35	Winter-Rübsen	170—180—186
Erbsen	53—57—68	Sommer-Rübsen	148—155—164
Wicken	50—55—66	Leindotter	138—145—158

Kleesaat bei ruhigem Geschäftsverkehr, — rothe nur in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13¼—14¾ Thlr., mittle 15¼—16¾ Thlr., feine 17⅚ bis 19 Thlr., hochfeine 19¼—19¾ Thlr., — weiße schwacher Umsatz, ordinäre 13⅛—18 Thlr., mittle 20½—24½ Thlr., feine 26—28 Thlr., hochfeine 29—30 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee beachtet, 10½—12 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—36 Sgr. Metze 1½—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.